

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952**

164 (17.7.1952)

# ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustelgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Millimeterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4.) (Tel. aufgehoben. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4. 53. Jahrgang

Donnerstag, den 17. Juli 1952

Nr. 164

## Scharfe Debatten um Betriebsverfassung — Dritte Beratung am Samstag

Bonn (UP). Begleitet von turbulenten Szenen, ungewöhnlich scharfen Auseinandersetzungen zwischen der SPD und den Regierungsparteien und zahllosen Abänderungsanträgen von SPD und KPD beriet der Bundestag in mehr als reihendringender Sitzung das Betriebsverfassungsgesetz in zweiter Lesung.

Die Sitzung erreichte ihren Höhepunkt, als der SPD-Sprecher Mellies den Regierungsparteien vorwarf, sich nicht an den Beschluß des Ältestenrates gehalten zu haben, die Sitzung um 19 Uhr zu beenden. Die SPD beantragte daher Aussetzung der zweiten Lesung des Betriebsverfassungsgesetzes. Die Aussetzung hätte bedeutet, daß die dritte Lesung des Gesetzes nicht mehr, wie vorgesehen, am Freitag hätte erfolgen können.

Dr. Schröder von der CDU wies die Argumentation scharf zurück und warf der SPD seinerseits unter starker Erregung des Hauses vor, „Plünderer-Methoden“ ähnlich denen ausländischer Parlamente anzuwenden, um das Gesetz zu verzögern. Der SPD-Antrag wurde schließlich abgelehnt und die Sitzung fortgesetzt.

Kurze Zeit später gab es einen neuen Tumult, als der CDU-Abgeordnete Krone ankündigte, die Koalition werde für eine Fortsetzung der dritten Lesung am Samstag eintreten, wenn die zweite Lesung nicht am Mittwoch beendet werde. Nach der Geschäftsordnung kann die dritte Lesung, wenn in der zweiten Änderung vorgenommen wurden, erst zwei Tage nach der zweiten Lesung stattfinden.

Im Verlauf der Sitzung sprachen fast ausschließlich SPD- und KPD-Abgeordnete, die zusammen rund 100 Änderungsanträge einbrachten. Keiner dieser Anträge fand jedoch eine Mehrheit. Dagegen wurden fünf Änderungen der Koalitionsparteien angenommen. Rund fünfzehnhundertmal wurden die Abgeordneten namentlich abstimmt und dreimal im Hämmerlsprung. Die Sitzung dauerte bis nach Mitternacht.

In der Vermittlungssitzung beauftragte das Plenum den Ernährungsausschuß, nach den Parlamentarierferien die mit der Einfuhr- und Vorratstelle zusammenhängenden Probleme zu untersuchen. Dieser Beschluß ging auf eine große Anfrage der FDP zurück, die sich gegen Überschreitungen der Befugnisse der Einfuhr- und Vorratstelle richtet.

## Neumayer neuer Wohnungsbauminister

Bonn (UP). Bundespräsident Heuss hat am Mittwoch die Ernennungsurkunde für den neuen Bundesminister für Wohnungsbau, Fritz Neumayer (FDP), unterzeichnet. Neumayer soll das durch den Tod von Minister Eberhard Wildermuth verwaiste Amt antreten.

Neumayer wurde am 29. Juli 1894 in Kaiserslautern geboren. Nach dem Besuch des humanistischen Gymnasiums studierte er an den Universitäten von Würzburg, Berlin, Leipzig und Straßburg Rechtswissenschaft. In München absolvierte er sein Referendariat. In Berlin sein Assessorexamen. 1943 wurde Neumayer Landesgerichtspräsident in Kaiserslautern. 1948 wurde er Mitglied der Beratenden Landesversammlung und des Verfassungsausschusses Rheinland-Pfalz. 1947 Landtagsmitglied. Von 1947 bis 1948 war er Minister für Wirtschaft und Verkehr in Rheinland-Pfalz. Neumayer gehört der FDP-Fraktion des Bundestages an.

## SPS fordert Revision der Konventionen

### Kirn eröffnet seine Wahlkampagne

Saarbrücken (UP). Richard Kirn, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei des Saarlandes, forderte in seiner Parolezeitung „Die Volksstimme“ die baldige Revision der französisch-saarländischen Konventionen. Der Artikel, der in politischen Kreisen des Saarlandes Aufsehen erregte, wird hier als Auftakt der Wahlkampagne der saarländischen Sozialdemokratischen Partei gewertet. Der Vorsitzende der SPS meint, daß in den Konventionen eine Reihe von Bestimmungen enthalten sei, die abgeändert werden müßten. Er fordert die Beseitigung des Vetorechts des französischen Vertreters im Saarland, weil dies Frankreich einseitige Vorteile garantiere, die im Widerspruch zur französisch-saarländischen Freundschaft stünden.

Kirn stellte weiter fest, daß die SPS den unerbittlichen Abbau der Warndikohle durch Frankreich nicht mehr dulde. Seine Partei fordere deshalb die sofortige Einstellung des Abbaus und eine Entschädigung für die seit 1945 gewonnene Kohle sowie die Rückgabe des Hoheitsrechts dieses Gebietes an den saarländischen Staat.

Ferner verlangt Richard Kirn die unverzügliche Verabschiedung eines Pressgesetzes, welches die Pressefreiheit im Saarland garantieren würde. Auch müsse die Volkvertretung in freien und geheimen Wahlen durch die Bevölkerung gewählt werden. Schließlich fordert die SPS, daß eine Regelung gefunden wird, die das Saarland künftig von der Zahlung von 7,5 Prozent seiner Haushaltsgelder an Frankreich entbindet.

## UN sollen Menschenraub verhindern

Bundestag protestiert gegen Einführung Dr. Linsse - Weißbach angekündigt

Bonn (UP). Der Bundestag protestierte geschlossen — mit Ausnahme der Kommunisten — gegen den Menschenraub durch der Staatssicherheitsdienst der Ostzone in Westberlin und der Bundesrepublik und forderte die Freilassung des aus Westberlin verschleppten Dr. Walter Linsse.

Bundesminister Kaiser kündigte bei dieser Gelegenheit an, die Bundesregierung werde dem Europa-Rat und den Vereinten Nationen alle 169 Fälle von Menschenraub aus Westberlin und der Bundesrepublik in einem Weißbuch zur Kenntnis bringen und die freie Welt um Schutz und Hilfe gegen diese Verbrechen ersuchen. Die wirksamste Maßnahme gegen eine Fortdauer der Mißachtung der Menschenrechte durch die Machthaber in der sowjetischen Besatzungszone sei die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit. An dieses Ziel bleibe die Politik der Bundesregierung gerichtet. Der Minister beantwortete damit eine Große Anfrage der CDU/CSU.

Kaiser begrüßte die Anordnungen des Berliner Senats für die stärkere Überwachung der Sektorengrenze. An der Zonengrenze sei die Sicherung durch den Bundesgrenzschutz verstärkt werden. Er sprach die Hoffnung aus, daß entsprechende Vorschläge der Bundesregierung vom Bundestag gebilligt würden.

Der Bundestagspräsident hatte zu Beginn der Sitzung der Gattin des verschleppten Dr. Linsse das Mitgefühl des Bundestages ausgesprochen. Frau Dr. Linsse wohnte der Bundestagsitzung auf der Zuschauertribüne bei.

Der Bundestag billigte gegen die Stimmen der kommunistischen Abgeordneten, von denen keiner das Wort ergriff, einen Antrag der FDP und einen Antrag der SPD, in denen die Bundesregierung aufgefordert wird, Maßnahmen zur Freilassung Dr. Linsse und zum Schutz der Bevölkerung in Westberlin zu treffen, um weitere Fälle von Menschenraub zu verhindern.

Der CDU-Abgeordnete Walter Brokmann meinte, Westberliner und der Bundesrepublik müsse „rechtslos und Ahnfürer durchgegriffen werden“, um in Zukunft Menschenraub zu verhindern. Er schlug eine Änder-

ung der Geschäftsordnung des Bundestages vor, „damit man sich nicht immer gefaller lassen muß, von kommunistischen Rednern im Bundestag angepöbeln zu werden“. Brokmann berichtete, allein im Mai seien in der Ostzone auf Grund des Gesetzes „zum Schutz des Friedens“ drei Todesurteile, acht lebenslängliche Freiheitsstrafen und in 31 Fällen Freiheitsstrafen von insgesamt 258 Jahren verhängt worden. In der Ostzone gebe es 50 000 politische Häftlinge und 38 000 Verschieppte.

Der Berliner SPD-Abgeordnete Brandt erklärte, das ganze deutsche Volk fühle sich durch das Verbrechen an Dr. Linsse herausgefordert. „Menschenraub ist Mord oder zumindest Mordversuch. Organisationen, die Menschenraub betreiben, sind verbrecherische Institutionen“. Irgendwelche Rachegelüste sollten gerade im Hinblick auf eine deutsche Wiedervereinigung keine Rolle spielen. „Aber gegen gemeine Verbrecher am Leben deutscher Menschen sollten wir um so unerbittlicher sein“, sagte Brandt.

### Keine Fremdenlegion-Werbung

Staatssekretär Hallstein hat dem Bundestag schriftlich über die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen gegen die Werbung von Deutschen für die französische Fremdenlegion berichtet. Danach unterstützt die Bundesregierung finanziell die Aufklärungs- und Auffangtätigkeit von Jugendorganisationen in der französischen Zone. Die Bundesregierung bemühe sich in 150 bis 200 Fällen um die Annullierung von Verträgen mit der französischen Fremdenlegion, die minderjährige deutsche Jugendliche unterschrieben haben. Bisher sind 12 Minderjährige wieder entlassen worden. Ein von der Bundesregierung dem Bundestag zugewiesener Entwurf einer Strafrechtsänderung stellt die Anwerbung von Deutschen zum Wehrdienst in einer ausländischen militärischen oder militärähnlichen Einrichtung unter Strafe. Eine entsprechende Bestimmung des Strafgesetzbuches war durch Kontrollratsgesetz aufgehoben worden.

## Adenauer hofft auf positive Antwort

Note der Westmächte „nicht letzter Versuch“ - Hilfe für Berlin zugesichert

Berlin (UP). Bundeskanzler Adenauer sagte am Mittwoch in Berlin, er hoffe, daß die Sowjetregierung auf die jüngsten Deutschland-Vorschläge der Westmächte positiv antworten werde. Wenn jedoch dieser Versuch des Westens, sich mit Moskau auf dem Verhandlungswege zu einigen, scheiterte, so müsse er zu gegebener Zeit wiederholt werden.

In einer Rede vor 4000 Arbeitern der Siemens-Werke in Westberlin unterstrich der Kanzler, daß die in Moskau überreichte Note der Westmächte „große Zugeständnisse“ an die Wünsche der Sowjetregierung enthalte und in verschiedenen Punkten auf deren Vorschläge eingehe. Vor allem der Verzicht des Westens, die Wahlvoraussetzungen in ganz Deutschland durch eine UN-Kommission prüfen zu lassen, bedeute ein „außerordentlich starkes Entgegenkommen“ an Moskau. Er könne deshalb keinen Grund sehen, warum Moskau auf die Vorschläge der Westmächte zu Verhandlungen über Deutschland nicht eingehen sollte.

Der Kanzler betonte erneut, daß zunächst geprüft werden müsse, inwieweit in allen Teilen Deutschlands die Möglichkeit zu wirklich freien Wahlen gegeben seien. Ein Verzicht auf diese Voraussetzung würde die Fortsetzung der Unterjochung Ost-Deutschlands bedeuten. Es sei „folgerichtig“, daß, wenn freie Wahlen nicht möglich seien, erst solche Verhältnisse geschaffen würden, die diese freie Wahlen gestatteten. Er halte es für „selbstverständlich“, daß solche Untersuchungen nicht von Männern vorgenommen werden könnten, die in West- oder Ostdeutschland in der Verwaltung arbeiteten.

Dr. Adenauer bezeichnete erneut den Europäische Verteidigungsgemeinschaft als die Mittel, mit denen der Westen so weit gestärkt werden könne, daß sich Sowjetrußland eines Tages zu Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit bereit erklären würde. Seiner Meinung nach sei schon „ein sehr großer Teil dieses Weges“ zurückgelegt. Seit dem Sommer 1945 sei die Welt dem Frieden nähergerückt. Der Kanzler versicherte wiederholt, daß die Bonner Verträge nicht zur Vorbereitung eines Angriffs gegen die Sowjetunion dienten.

Er kündigte in seiner mehrfach von Beifall unterbrochenen Rede den Berlinern die „ganze Hilfe und Unterstützung“ der Bundesrepublik an, damit Berlin die Zeit des „Wartens“ durchstehen könne. Er teilte weiter mit, daß auf Grund eines Beschlusses des Kabinetts der Berliner Wirtschaft auf steuerlichem Gebiet ein Vorsprung von acht Pro-

zent gegenüber der Wirtschaft im Bundesgebiet zugestanden werde. Zu Beginn seiner Rede appellierte der Kanzler an die sowjetische Besatzungsmacht, den entführten Westberliner Rechtsanwalt Dr. Walter Linsse und alle anderen Verschiepften freizulassen.

Zusammen mit Bundeswirtschaftsminister Erhard besprach der Kanzler während seines Berlin-Besuches mit dem Senat und dem Ältestenrat des Abgeordnetenhauses die vom Bundeskabinett beschlossenen Maßnahmen zur verstärkten Unterstützung Berlins. Wie der Wirtschaftsminister vor der Presse erläuterte, wird in seinem Ministerium unter seiner persönlichen Leitung eine Auftragslenkungsstelle eingerichtet, die für die Westberliner Wirtschaft Aufträge des Bundes, der Länder, der Gemeinden und anderer öffentlicher Körperschaften einbringen und den Westberliner Auslandsexport beleben soll. Das Berliner Notstandsprogramm und der soziale Wohnungsbau werden durch Bundeszuwendungen auf insgesamt 75,5 Millionen DM erhöht. Die Berliner Bevölkerung bereite dem Kanzler der auf dem Luftwege Berlin besuchte, vor dem Schöneberger Rathaus herrliche Ovationen.

Die Berliner Polizei gab bekannt, daß bisher insgesamt 120 Straßensperren entlang der Grenze zur Ostzone fertiggestellt worden seien. 12 davon sind bewegliche Eisenbahnschranken, während die 108 übrigen Sperren durch feste Barrikaden, Gräben oder Mauern gebildet werden. Mit der Fertigstellung von sieben weiteren Sperren im französischen Sektor am Donnerstag werden sämtliche Straßenzüge, die von Westberlin in die sowjetische Zone führen, unbenutzbar gemacht.

Das Deutsche Rote Kreuz ist vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes in Genf als die im Gebiet der Bundesrepublik tätige Rotkreuz-Gesellschaft anerkannt worden.

Bundespräsident Heuss zeichnete den 80 Jahre alten Archibald Professor Karo mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern aus. Karo leitete lange Zeit Ausgrabungen in Athen.

Die SEP-Fraktion der Bürgerschaft des Landes Bremen hat sich, dem niedersächsischen Beispiel folgend, in „Fraktion unabhängiger Deutscher“ umbenannt.

Die Eröffnung des Bankhauses „Hjalmar Schacht & Co.“ wurde vom Hamburger Senat abgelehnt. Der ehemalige Reichsbankpräsident war zusammen mit Reichsbankdirektor a. D. Ludwig als persönlich haftender Gesellschafter der Bank genannt worden.

## Prämie für Familienzuwachs?

Von Dr. Erwin Topf

Verschiedene Fraktionen des Bundestages — sowohl von den Koalitions- wie auch den Oppositionsparteien — haben Gesetzentwürfe über die Gewährung von Kinderbeihilfen eingebracht. Und da im nächsten Jahre Neuwahlen stattfinden, für die der Hinweis auf die „soziale Tat“ der Kinderbeihilfen eine gute Wahlparole abgeben könnte, muß damit gerechnet werden, daß es bald zur parlamentarischen Behandlung dieses Themas kommt.

Nun läßt sich freilich darüber streiten, ob das „Aussetzen von Prämien auf Familienzuwachs“ vertretbar sei, und ob man, um etwas sozial Sinnvolles zu tun, nicht besser bei der Schaffung von Ausbildungs- und Aufstiegschancen ansetzen sollte, um die Qualität des Nachwuchses zu sichern, anstatt lediglich die Quantität zu fördern. Solche Einwände würden sich besonders dagegen richten, daß die Beihilfen — mögen sie nun bereits vom ersten Kind an gegeben werden, oder „erst“ vom zweiten oder dritten Kind an — im Einzelfall relativ hohe Beträge ausmachen, mit 15 DM monatlich und mehr. Setzt man aber die Beihilfe relativ niedrig an, so „steht die aufzuwendenden Verwaltungskosten für die Auszahlung der Mittel in einem Mißverhältnis zum sozialen Effekt; es ergibt sich dann also ein unwirtschaftlicher Aufwand.

Überhaupt sind die Verfahrensschwierigkeiten, die sich beim Aufbau eines solchen Systems ergeben müssen, kaum zu unterschätzen. Man darf wohl sagen, daß die Fraktionen des Bundestages insofern bei der Ausarbeitung ihrer Gesetzentwürfe recht flüchtig verfahren sind und sich die Arbeit etwas zu leicht gemacht haben. Das gilt besonders für den Punkt, daß ja entschieden werden muß, wie es bei der Einführung eines solchen Systems der allgemeinen Gewährung von Kinderbeihilfen mit den bisher schon gezahlten Familienzuschlägen zu Gehältern (speziell für die in öffentlichen Diensten Beschäftigten) zu Löhnen und Sozialleistungen gehalten werden soll — insbesondere auch: ob freiwillige Leistungen dieser Art dann etwa wegfallen sollen? Auch wird die Auffindung der erforderlichen Gelder wohl etwas zu leicht genommen. Unter der Annahme, daß je Kind bis zum Ende des 15. Lebensjahres 30 DM monatlich gezahlt werden (und für in Ausbildung stehende Jugendliche eventuell noch zusätzlich Beihilfen gewährt werden) würde das rund eine halbe Milliarde jährlich erfordern, falls die Beihilfe vom dritten Kind an gezahlt wird — falls die Unterstützung schon vom zweiten Kind an einsetzt, aber bereits 1,25 Milliarden.

Wenig glücklich erscheint hier der Vorschlag der SPD, wonach bei der Einkommensteuer die „Kinderabzüge“, deren Höhe sich nach dem Einkommen bemittelt, künftig fortfallen und durch allgemein auf 20 DM monatlich begrenzte Beihilfen gleichsam ersetzt werden sollen. Dabei würden die „Ersparnisse“, die der Finanzminister gleichsam durch den Fortfall der Steuervergünstigungen macht, auch längst nicht ausreichen, um die nun erforderliche Ausgaben-Summe aufzubringen. Steuererhöhungen wären also unumgänglich; mit einem Mehraufkommen, das sich in der Größenordnung von 370 Millionen bis über zwei Milliarden bewegt, je nachdem, ob die Beihilfe vom dritten oder vom ersten Kind an zu zahlen ist.

Der Gedanke, daß man den staatlichen Apparat möglichst nicht mit zusätzlichen Aufgaben belasten, sondern diese wenn irgend möglich auf Selbstverwaltungs-Körperschaften übertragen solle, hat bei dem Entwurf der CDU/CSU Pate gestanden. Danach sollen „Familienausgleichskassen“ geschaffen werden, um die Mittel für die Kinderbeihilfen durch ein Umlagesystem (mit gewissen Prozentsätzen vom Einkommen; maximal etwa 2,5 v. H.) aufzubringen und sie dann auch an die empfangsberechtigten Familien auszurufen. Dabei will man sich, um nicht zu viele neue Organisationen schaffen zu müssen, im wesentlichen der schon vorhandenen Berufsgenossenschaften bedienen, also die Familienausgleichskassen mit der Unfallversicherung zusammenlegen... Die Urheber dieses Vorschlages scheinen dabei allerdings nicht berückichtigt zu haben, daß viele Menschen ja nicht das ganze Jahr hindurch arbeiten und insbesondere nicht laufend in Betrieben, die der gleichen Unfallgenossenschaft angehören. Jeder Wechsel des Arbeitsplatzes würde also, wegen der Einziehung der Beiträge und auch bei der Auszahlung der (in wechselnder Höhe gewährten) Kinderbeihilfen an die „Empfangsberechtigten“ einen ungeheuren zusätzlichen Verwaltungsaufwand entstehen lassen.

Deshalb darf man wohl sagen: Wenn Kinderbeihilfen — über das „ob“ soll hier nicht weiter diskutiert werden — denn verfahrensmäßig nur „über das Finanzamt“ (und über den Einkommensteuertarif), also so, wie es am einfachsten und billigsten ist, in diese Richtung etwa geht auch der von der Zentrum-Fraktion ausgearbeitete Entwurf, mag es auch sonst mancherlei Nachteile aufweisen. Einer ernsthaften Prüfung wert ist schließlich auch der von anderer Seite gemachte Vorschlag, die Kinderbeihilfen als Mietaufschüsse zu geben, also hier, in einem Aufwaschen also, gleich die Frage der Mietaufschüsse und der Wohnbaufinanzierung mit zu erledigen.

### König Faruk will Kalif werden

Abstammung von Prophet Mohammed nachgewiesen — Ein wichtiger politischer Sieg Kairo (da). In aller Stille und mit Hilfe einflussreicher arabischer Kreise und orientalistischer Stammbaum-Forscher ist es König Faruk von Ägypten „und dem Sudan“ gelungen, für sich nunmehr offiziell seine Abstammung von den Pharaonen und sogar auch seinen „Sayed-Nachweis“ zu erbringen. Der Titel „El Sayed“ bedeutet, daß der Träger dieses Titels in direkter Linie von dem Propheten Mohammed abstammt. Diese Abstammung wurde bisher von den Gegnern des Königs Faruks bestritten und somit war der von Faruk verschiedentlich unternommene Versuch, für sich die Kalifats-Würde in Anspruch zu nehmen, von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Die Kalifats-Würde bedeutet, daß die betreffende Person gleichsam wie ein Papst des Islam stärksten Einfluß auf das geistige, moralische und soziale Verhalten aller Mohammedaner der Welt gewinnen kann. Da die Rolle eines Kalifen immer nur einem direkten Nachkommen des Propheten Mohammed zufallen kann, bestand unter den Führer-Personen der Arabischen Liga und den Herrschern von Marokko, Irak und Saudi-Arabien ein lebhafter Wettbewerb, aber ohne daß eine der genannten Personen es gewagt hätte, für sich die Kalifats-Würde in Anspruch zu nehmen.

Da König Faruk die hohe politische Bedeutung dieses Titels, die ihn über jede Arabische Liga und über jede orientalische Geheimgesellschaft erhebt, schon seit Jahren klar erkannt hatte, unternahm er in den verschiedensten Ländern vorsichtige Takt-Versuche, die aber immer zu einer ziemlich kühnen Abweisung führten. Endlich gelang es ihm, eine Verbindung zur Union der Achraf herzustellen, also zu jener Familien-Organisation, die über alle Nachkommen Mohammeds genau Buch führt. Die Zahl der Nachfahren Mohammeds ist selbstverständlich im Laufe der Jahrhunderte in die Tausende gestiegen, obwohl jene Organisation peinlichst darauf achtet, daß nur die direkte Linie berücksichtigt wird. Nach einer Untersuchung wichtiger Dokumente stieß der Kalib, das heißt der Präsident der Union der Achraf auf Beweismaterial, das er in diesen Tagen der Öffentlichkeit übergab, nachdem es von der Union geprüft worden war. Auf Grund dieser Prüfung darf König Faruk den Titel „El Sayed“ führen. Der Beweis gelang auf folgende Weise:

Es wurde festgestellt, daß Cherif Pascha, der Sohn eines Richters aus Mekka, mit vollem Recht den Titel „Sayed“ führte. Dieses Cherif Pascha, der einen großen Teil seiner Jugend in Frankreich verbrachte, heiratete, als er nach Ägypten zurückkehrte, die Tochter eines gewissen Soleiman Pascha, der kein anderer war als jener Franzose Octave Séves der mit Napoleon nach Ägypten kam. Dessen Tochter aber verheiratete sich mit Sabri-Pascha, der seinerseits nun der Vater der Königin Nazli wurde. Diese Königin Nazli aber ist die Mutter des Königs Faruk. Es besteht somit eine direkte Verbindung zwischen Faruk und Cherif Pascha und von Cherif Pascha zu jenem Richter in Mekka, der den Titel eines „El Sayed“ führte. Also darf auch Faruk diesen Titel für sich beanspruchen.

Diese Feststellung ist für Faruk ein außerordentlich wichtiger Sieg, dessen Weiterungen sich wahrscheinlich schon innerhalb der nächsten Monate zeigen werden, wenn Faruk den Kampf um den Kalifen-Titel wirklich einleitet.

### Truman unterzeichnet Verteidigungsetat

In Höhe von 11,8 Milliarden Dollar — Scharfe Kritik am Kongreß Washington (UP). Präsident Truman unterzeichnete die Gesetzesvorlage über die Bewilligung von 11,8 Milliarden Dollar zur Verteidigungszwecken. In dieser Summe sind die Auslandshilfe, der Bau von Flugzeugstützpunkten in verschiedenen Ländern und die Mittel für die Herstellung von Atomwaffen und der Wasserstoffbombe enthalten. Das Gesetz tritt jetzt in Kraft. Der Kongreß hatte von den für die Verteidigung angeforderten Mitteln etwa 15 Prozent gestrichen. Für den Bau von etwa 250 Flugzeugstützpunkten in den USA und im Ausland hatte Truman anliehender drei Milliarden Dollar gefordert. Der Kongreß hat zu diesem Zweck zwei Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt. Er hat auch die Ausgaben für den Bau von Atomwerken, die Herstellung von Atomwaffen und der Wasserstoffbombe etwas gekürzt.

Truman hat die Kürzung der angeforderten Mittel durch den Kongreß scharf kritisiert. Er bemängelte besonders die Herabsetzung der Mittel für die Auslandshilfe. Ebenso sei die Herabsetzung der Unterstützung der asiatischen Staaten „einfach grausam“, da sie zu einer Zeit erfolge, in der diese Staaten sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden.

Der Präsident ließ sich zu einer gründlichen Untersuchung ins Walter-Reed-Militärhospital bringen. Schon seit vier Tagen leidet der Präsident an einer Krankheit, die sein Presse-Sekretär als „grippeähnliche Infektion“ bezeichnete.

Die Verhandlungen über die Beilegung des nunmehr bereits 44 Tage dauernden amerikanischen Stahlarbeiterstreiks sind erneut in eine Sackgasse geraten. Eine zweistündige Aussprache zwischen Vertretern der amerikanischen Stahlindustrie und der CIO-Stahlarbeitergewerkschaft blieb ergebnislos.

Wegen Spionage für Bulgarien wurden von einem jugoslawischen Gericht in Leskocwa zwei Jugoslawen zum Tode verurteilt.

Der rumänische Außenminister, Alexander Bogdanov, könnte nach Ansicht politischer Beobachter in Wien, das nächste Opfer der großen rumänischen Säuberungsaktion sein.

Der Zustand Evita Perons hat sich weiterhin verschlechtert. Staatspräsident Juan Peron sagte kurzfristig eine Kabinettsitzung ab, weil er bei seiner Frau bleiben wollte.

Dr. Heinz Kretzler, der deutsche Geschäftsträger in den USA, hat die Staaten verlassen, um sich zur Berichterstattung nach Bonn zu begeben.

## SPD will Ratifizierung weiter verschieben

Streit über Ausschlußberatungen - Fortsetzung der Personalüberprüfungen gefordert

Bonn (E.B.). Der Bundestag wird vor Beginn der Sommerferien am Ende dieser Woche noch entscheiden müssen, wenn die Ausschlußberatungen über die deutsch-alliierten Verträge aufgenommen werden sollen. Mit diesem Beschluß hängt auch die weitere parlamentarische Behandlung — das heißt der Termin der zweiten und dritten Lesung — eng zusammen. Im Bundestag rechnet man daher mit erneuten Auseinandersetzungen zwischen Koalition und Opposition.

Der Bundeskanzler würde es gerne sehen, wenn die Ausschüsse bereits in der letzten Augustwoche ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, um die Verabschiedung der Verträge in der ersten Septemberhälfte zu gewährleisten. Ein Teil der Abgeordneten der Regierungsparteien scheint ihm darin beizupflichten. Die Opposition hingegen verweist auf die Tatsache, daß für September zunächst eine Tagung des Europa-Rats in Straßburg und anschließend der SPD-Parteitag vorgesehen seien. Aus beiden Anlässen müßten namhafte Abgeordnete aus den Ausschlußberatungen fernbleiben. Da die SPD sowieso mit einer vorzeitigen Beendigung der Ferien nicht einverstanden ist (die ursprünglich am 1. September auslaufen sollten), dürfte sie für einen Beginn der Ausschlußarbeiten Ende September plädieren.

Sollte sich die Mehrheit diesem Wunsch anschließen, so könnten die Verträge frühestens im Oktober ratifiziert werden. In Kreisen der SPD vertritt man ferner auf die Möglichkeit einer Viererkonferenz und die noch ausstehende Entscheidung des Verfassungsgerichts, die bis dahin vorliegen könnte.

Die SPD verlangt in ihrem Pressedienst eine Fortsetzung der personellen Überprüfung des Auswärtigen Amtes. Das durch die Wiederanstellung aller Wilhelmstraße-Diplomaten und ehemaliger NS-Parteigenossen einmal angerichtete Unheil werde sich nur korrigieren lassen, wenn man sich mit dem Ergebnis der Ausschluß-Untersuchung nicht zu-

trienzen gebe, sondern die 60 Prozent enstimmiger Parteigenossen im Auswärtigen Amt „etwas eingehender unter die Lupe nimmt“.

Den Bericht des Untersuchungsausschusses über die Prüfung der Personalpolitik im Auswärtigen Amt nennt die SPD „unbefriedigend“. Für die Mißstände trage der Bundeskanzler die volle Verantwortung. Interessierte Kreise hätten von Anfang an einen wirklich demokratischen Aufbau des Auswärtigen Amtes nicht gewünscht.

### Auch Labour gegen sofortige Ratifizierung

London (UP). Die Labour Party hat nach einer stürmisch verlaufenen Sitzung beschlossen, im britischen Unterhaus für eine Verschiebung der Ratifizierung der deutsch-alliierten Verträge einzutreten. Eine entsprechende von dem gemäßigten Flügel des früheren Premierministers Attlee eingebrachte Resolution wurde nur mit sechs Stimmen Mehrheit gegen eine Resolution des vom früheren Gesundheitsministers Bevan geführten Flügels angenommen, in der die Ratifizierung des Vertragswerks überhaupt abgelehnt wurde.

In der Resolution heißt es: „Die parlamentarische Labour Party hält die Ratifizierung der Vertragswerke durch das Vereinigte Königreich für inopportun und stellt sich hinter die Bedingungen Attlees. Sie bekräftigt, daß sie diese Ansichten auch in der Debatte und bei der Abstimmung zum Ausdruck bringen wird.“ Die Bedingungen Attlees für die deutsche Wiederbewaffnung — Bevan lehnt eine solche bedingungslos ab — sind: Neuwahlen in Westdeutschland, Priorität für die Stärkung der Mächte des Atlantikpaktes, insbesondere Frankreichs, und eine Viermächtekonferenz mit der Sowjetunion vor der deutschen Wiederbewaffnung.

Die konservative Regierung hat die Absicht, die Verträge noch vor Beginn der Sommerferien des Parlaments, die wahrscheinlich Anfang August beginnen werden, zur Abstimmung zu bringen.

## McCloy: Saar-Regelung vordringlich

Gefängnisse werden vorläufig nicht geöffnet - Donnelly bestätigt Nachfolge

Bonn (UP). Hochkommissar McCloy sprach sich für eine rasche und befriedigende Lösung der Saarfrage aus, „wenn wir uns nicht alle auf unseren Geisteszustand untersuchen lassen wollen.“

McCloy sprach auf einem Abschiedsempfang für die deutsche und ausländische Presse in Bonn. Er nannte das Saarproblem eine Frage von „sekundärer Bedeutung“, über die sich nun wirklich eine Einigung ermöglichen lassen sollte. Man sollte ihr nicht mit zu großer Gefühlswallung entgegenreten.

McCloy äußerte weiter, eine bessere Lösung als das in den deutsch-alliierten Verträgen gefundene Resultat sei nicht denkbar. Deshalb halte er eine Revision der Verträge vor ihrer Ratifizierung in Bonn für unnötig. In diesem Zusammenhang versicherte der Hochkommissar, daß die Amerikaner die Gefängnisse der Kriegsverbrecher nicht öffnen würden, um die Vertragsratifizierung mit den Stimmen der FDP sicherzustellen. Die Verträge säßen bereits eine Überprüfung vor, und auch die Gnadenaktionen würden weitergehen.

Bei seiner Abschiedsreise durch die US-Zone habe er einen „großen Mangel an Begeisterung“ gefunden, wieder zu den Waffen zu greifen. Diese Haltung sei in Deutschland größer als je zuvor. Gleichseitig herrsche aber auch die Erkenntnis vor, daß Deutschland die Lasten der Verteidigung mit den anderen Staaten der freien Welt gemeinsam tragen müsse.

Am Mittwoch fand die letzte Sitzung der Hochkommission mit McCloy statt. Seine beiden Kollegen, Sir Ivone Kirkpatrick, Großbritannien, und André François-Poncet, Frankreich, überreichten ihm ein goldenes Zigarettenetui, auf dem in englischer Sprache eingraviert steht: „Für John McCloy“ in freundlicher Erinnerung an die Zusammenarbeit an den Ufern des Rheins von seinen Freunden François-Poncet und Ivone Kirk-

patrick“. Am Abend gab der Bundestagspräsident im Bundestag einen Empfang für den scheidenden Hochkommissar. McCloy wird Deutschland am 21. Juli verlassen.

Der Botschafter der USA für Österreich, Walter J. Donnelly, bestätigte zum ersten Male, daß er als Nachfolger von Hochkommissar McCloy als amerikanischer Botschafter nach Bonn gehen wird. In einem Exklusiv-Interview mit United Press beantwortete Donnelly auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen die Frage, ob Washington ihn bereits offiziell zum Nachfolger McCloy ernannt habe, mit der Gegenfrage, ob noch keine Vereinbarung aus Washington erfolgt sei. Als dies verneint wurde, sagte er: „Ja, dann weiß ich nicht — man hat mir jedenfalls zu verstehen gegeben, das würde der Fall sein.“

Der Botschafter fügte hinzu, er wolle bald von Wien nach Bonn übersiedeln. Am Donnerstag werde er mit Hochkommissar McCloy zusammentreffen und noch am gleichen Tage nach Wien zurückfliegen.

### Weitere 500 Mill. Wiedergutmachung

Für die Juden außerhalb Israels Bonn (UP). Die Bundesregierung hat sich bereit erklärt, den durch das Naziregime geschädigten Juden außerhalb Israels 500 Millionen DM zur Linderung der Not zur Verfügung zu stellen.

Dies geht aus einem Kommuniqué der deutschen Delegation bei den deutsch-jüdischen Wiedergutmachungsverhandlungen in Den Haag hervor, das am Mittwochabend in Bonn veröffentlicht wurde. Der Betrag von 500 Millionen gliedert sich in 450 Millionen DM für die „Conference on Jewish Material Claims against Germany“ und 50 Millionen DM für die Linderung der Not der Nichtgläubigen-Juden.

Von unterrichteter Seite verlaßt dazu ergänzend, daß der Staat Israel Waren im

Werte von 500 Millionen DM erhalten soll. Israel werde dann die Weiterleitung der materiellen Wiedergutmachungsleistungen an die außerhalb des Staates lebenden anspruchsberechtigten Juden vornehmen. In diesem Vorschlag sind die Leistungen an den Staat Israel direkt noch nicht inbegriffen. Die Bundesregierung hat für diese Zwecke drei Milliarden DM angeboten.

### Der erste Schritt zum Fernsehen

Fernsehturm der Bundespost errichtet

Hamburg (UP). In Gegenwart von Bundespostminister Schubert wurde das Richtfest eines neuen Fernsehturms der Deutschen Bundespost bei Egestorf südlich von Hamburg begangen. Mit der Feier war symbolisch das Richtfest für den Rohbau der neuen Dezimeterstrecke der Bundespost von Hamburg nach Köln verbunden. Die für den deutschen Fernsehfunk bestimmte Dezimeterstrecke soll am 1. Januar 1953 von Hamburg bis Köln fertiggestellt sein, bis 1. Januar 1954 bis Frankfurt verlängert werden und später bis München reichen. Sie wird die deutschen Fernsehstudios und -sender miteinander verbinden. Die Strecke besteht zwischen Hamburg und Hannover aus drei, zwischen Hannover und Köln aus vier Türmen. Der Egestorfer Turm ist 70 m hoch und trägt auf der Spitze drei Antennenplattformen und eine Betriebsplattform. Die reinen Baukosten für jeden Turm betragen 350 000 bis 450 000 DM. Die technische Anlage für die Strecke Hamburg-Köln wird mit 2,5 Millionen DM veranschlagt.

### NATO-Befehlsbereich „Süd“ geteilt

Griechen und Türken erhalten neuen Chef

Rom (UP). Der Befehlsbereich „Landstreitkräfte Süd“ der Atlantikpakt-Organisation wurde jetzt geteilt. Die Türkei und Griechenland sind aus diesem Befehlsbereich herausgelöst worden und sollen ihr eigenes Kommando unter einem amerikanischen General erhalten — angeblich weil sie sich geweigert haben, ihre Truppen einem Hellenischen General zu unterstellen. Der neue türkisch-griechische Befehlshaber wird den Namen „Landstreitkräfte Südost“ erhalten. Der (amerikanische) Chef für dieses Kommando muß noch ernannt werden.

US-Admiral Carney bleibt Leiter des südlichen Kommandos, das Land-, See- und Luftstreitkräfte umfaßt und dem die neuen Bereiche „Landstreitkräfte Südost“ und „Landstreitkräfte Süd“ unterstehen. Chef des letzteren, aus dem Griechenland und die Türkei herausgelöst wurden, ist auch weiterhin der italienische General Enrico Frattini.

### Bombenanschlag gegen einen Richter

Eine antikomunistische Aktion?

Paris (UP). Im Hause des französischen Richters Paul Didier, der den Vorsitz in dem Gericht führte, welches die Entlassung des Kommunistenführers Jacques Duclos aus der Untersuchungshaft verfügte, explodierte eine Bombe. Didier war zur Zeit der Explosion, die erheblichen Sachschaden anrichtete, nicht im Hause. Die Pförtnerin des Gebäudes erlitt eine leichte Gehirnerschütterung. Andere Bewohner des Hauses berichteten, daß kurz vor der Explosion ein großer Mann mit einem Taxi vorgefahren sei und mit einem Paket unter dem Arm das Gebäude betreten habe.

### Briten überflogen Sowjet-Stützpunkt

Eine türkische Halbinsel unweit Helsinki

Helsinki (UP). Ein britisches Flugzeug mit nach Helsinki reisenden Sportlern an Bord, hat — wie von zuständigen finnischen Behörden mitgeteilt wurde — sowjetisches Hoheitsgebiet verletzt. Die viermotorige Maschine vom Typ „York“ kreiste in Erwartung der Landeerlaubnis um den etwa 30 Kilometer nördlich von Helsinki gelegenen Flugplatz Seutala und überflog dabei versehentlich die von sowjetischen Streitkräften besetzte Halbinsel Porkkala.

Die finnischen Behörden haben sofort nach Bekanntwerden der Gebietverletzung dem sowjetischen Kommandanten auf Porkkala davon Mitteilung gemacht und ihm eine sofortige Untersuchung des Zwischenfalls zugesichert. Die an sich finnische Halbinsel ist auf Grund des Friedensvertrages zwischen Finnland und der Sowjetunion aus dem Jahre 1944 um 50 Jahre an Sowjetrußland verpachtet. Die Sperrzone beginnt bereits in einer Entfernung von nur 15 Kilometern westlich der finnischen Hauptstadt.

### Wieder Vertagung in Pan Mun Jon

UN rechnen mit wichtiger Entscheidung

Seoul (UP). In erwartungsvoller Spannung sieht das Hauptquartier der UN-Streitkräfte dem Freitag entgegen, an dem die Waffenstillstandsverhandlungen in Pan Mun Jon wieder aufgenommen werden sollen. Vom Sitz der UN-Delegation in Munsan wird berichtet, daß dort mit „wichtigen Entwicklungen“ am Verhandlungstisch gerechnet werde.

Was die Kommunisten eigentlich mit den Unterbrechungen der Verhandlungen bezwecken, weiß vorläufig noch niemand. Am Montag hatten alle um eine Vertagung bis Mittwoch gebeten, am Mittwoch schlugen sie eine Verlängerung der Verhandlungspause bis Freitag vor. Die alliierten Unterhändler erklärten sich damit sofort einverstanden. Man nimmt an, daß die kommunistischen Parlamentäre in der Zwischenzeit neue Instruktionen von ihren vorgesetzten Stellen einholen wollten.

Über Nordkorea kam es zu drei Luftkämpfen zwischen amerikanischen Düsenjägern vom Typ „Sabrejet“ und über 50 Düsenjägern sowjetischer Bauart vom Muster Mig-15. Ein kommunistischer Düsenjäger wurde abgeschossen. Trägerflugzeuge griffen das große Kraftwerk Chosen in Nordkorea an, das nach dem Bombardement in Flammen aufging. Außerdem wurden vier kleinere Kraftwerke getroffen.



Professor Reuter wieder Präsident des Deutschen Städtetages  
Unser Bild von der diesjährigen Hauptversammlung des Städtetages in Berlin zeigt von links nach rechts: OB Dr. Kleit (Stuttgart), OB Dr. Kolb (Frankfurt), OB Gayk (Riel), Prof. Reuter (Berlin), stehend, Präsident des Deutschen Städtetages und Hauptgeschäftsführer Ziebill

Donnerstag, den 17. Juli 1952

Aus der Stadt Etlingen

Ein Käfer erobert die Welt

Aus allen Ländern des Bundesgebietes, von der Waterkant bis zum Bodensee, werden auch in diesem Jahre wieder ernsthafte Schäden gemeldet, die das massenhafte Auftreten des Kartoffelkäfers verursacht. Noch vor 100 Jahren erreichte der gelb-schwarz gestreifte Schädling keinerlei Aufsehen. Er nannte sich damals Colorado-Käfer und lebte recht friedlich in den damals wenig besiedelten Gebieten des Colorado-Flusses von wild wachsenden Nachtschattengewächsen. Noch nicht einmal dem Menschen aber kam der Anbau von Kartoffeln so gelegen wie diesem kaum linsen-großen Gesellen. Jubelnd stürzte er sich auf die neue wohlgeschmeckende Speise, fraß die Stauden ratzefahl ab und legte sich statt der romantischen Colorado- den ordinären Namen Kartoffelkäfer zu. Mit geradezu unheimlicher Geschwindigkeit bereitete er sich aus und hatte bereits um 1870 das ganze Gebiet der USA als zum Atlantik besetzt.

Fünf Jahre später „importierten“ ihn Schiffe nach Europa und die „Invasion“ Frankreichs begann. Unaufhaltsam näherte er sich der deutschen Grenze, wo er allerdings durch gründliche Verteidigungsmaßnahmen aufgehalten wurde. Um 1905 durchbrach er jedoch die Linien und überschritt den Rhein. Heute ist er nicht nur Deutschland, sondern auch Österreich, Jugoslawien, Italien und die Tschechei erobert und bedroht die Volksernährung ganz Europas.

Mit dem Stütz in Paris wurde im Jahre 1948 eine internationale Organisation gegründet, welche die Bekämpfungsmaßnahmen koordinieren sollte. Der Erfolg ist bisher nicht sehr groß. Neue Abwehrgriffe und käferresistente Kartoffelsorten vermochten kaum, die Freilust des so harmlos aussehenden Teufels zu verringern. Das sicherste Mittel ist immer noch das Auflesen, zu welchem allerdings eine Anzahl Menschen eingesetzt werden müssen, soll der Erfolg auch nur einigermaßen lohnend sein. Es bleibt vorläufig nichts übrig, als die Bekämpfungsmaßnahmen so selbstverständlich in den Ackerbearbeitungsplan einzusetzen wie Düngen und Pflügen.

Die Sperrung der Landstraße II. O. Nr. 182 zwischen der Gemeinde Stein, Richtung Bretten bis zur Einmündung der Landstraße II. O. Nr. 163 erfolgt vom 20. Juli bis 20. August 1952 wegen Straßenbauarbeiten für den gesamten Straßenverkehr. Die Umleitung des Verkehrs erfolgt in beiden Richtungen über die Landstraße II. O. Nr. 163 (Sprantal und Nußbaum) und über die Landstraße II. O. Nr. 181.

Die Meinung des Lesers:

Sibyllatage

Eine Anfrage an den Verkehrsverein Das Kuhn'sche Schauspiel „Augusta Sibylla“ hat im vorigen Jahr bei der gesamten Bevölkerung gut eingeschlagen; schade, daß es nicht noch einmal wiederholt wurde. Der Verkehrsverein hat dieses Jahr wiederholt in der Zeitung Märchenstücke zum Sibylla-Tag angekündigt. An den Sibylla-Tagen hat man vergeblich auf die Aufführung gewartet. Warum kam dieses Stück nicht zur Aufführung oder hat es an der Gestaltung der Aufführung gefehlt? Oder ist alles „im Sand“ verlaufen. In der Zeitung hat man nichts mehr gelesen, man hat auch nichts mehr gehört! Es gibt doch gute Laienspieler in Etlingen, insbesondere, wenn man an das gut aufgeführte Stück vom vorigen Jahr „Augusta Sibylla“ zurückdenkt.

Vereine berichten

Haus- und Grundbesitzerverein Etlingen Rechtsanwalt Justizrat Rupp spricht am Freitag, 18. Juli, 20 Uhr, im Saal des „Darmstädter Hof“ über „Das neue Grundbesitzraumtengesetz“. Hierzu sind auch die Hausbesitzer freundlichst eingeladen, die dem Verein noch nicht angehören.

Deutsches Rotes Kreuz - Ortsverein Etlingen Der Krankenstuhl unseres Ortsvereins ist ab sofort im Krankenhaus Etlingen untergestellt, wo er im Bedarfsfall abgeholt werden kann. Damit recht viele gebührende Personen den Fahrstuhl benutzen können, wird gebeten, denselben jeweils abends in das Krankenhaus zurückzubringen. Wir hoffen, in Bilde einen weiteren Krankenfahrstuhl hier in Etlingen zur Verfügung stellen zu können.

Die Bereitschaft (m) kommt am Samstag, 19. Juli, 20 Uhr, im Übungskolal zusammen, um den Alarmplan neu aufzustellen. Anschließend Beisammensein.

Arb.-Rad. und Kraftfahrerbund „Solidarität“ Für die Fahrt nach Frankfurt zum Bundesstag am Sonntag, 17. Aug. sind noch einige Plätze frei. Der Fahrpreis beträgt 8 DM (Hin- und Rückfahrt). Anmeldungen wollen spätestens bis 3. August unter gleichzeitiger Zahlung des Fahrpreises bei Kassier K. Dietsche, Etlingen, vorgenommen werden. Nächste Monatsversammlung am 26. Juli 20.30 Uhr im „Badischen Hof“.

Etlinger schossen am besten Die Etlinger Schützen wollten am letzten Sonntag zu einem Freundschaftsschießen beim Schützenverein „St. Hubertus“ Karlsruhe-Mühlburg, an dem auch der Schützenverein Kniekingen teilnahm. Die Mitglieder des Etlinger Schützenvereins waren den übrigen Vereinen überlegen. Während die I. bzw. II. Mannschaft der Etlinger 308 (292) Ringe erzielen konnte, schoß Kniekingen 303 (288) und Mühlburg 291 (243) Ringe. Die Tagesbestleistung erreichte der Etlinger Karl Schrems mit 67 Ringen. Noch mehr Erfolge konnte die Etlinger Mannschaft für sich in Anspruch nehmen: Frau Ott schoß beim Preisschießen den zweiten Damenpreis, andere Etlinger Schützen schossen 14 weitere Preise. Der Rückkampf der Schützenvereine folgt am 27. Juli im Etlinger Schützenhaus.

Warum nicht auch anonym sparen?

Nummernspärbücher mit Quellensteuer - Sparkassen möchten Bargeidhorte für den Kapitalmarkt nutzbar machen

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände setzt ihre Bemühungen fort, den unbedingten Legitimationszwang bei der Ausstellung von Spärbüchern durch Abänderung des § 163 der Reichsbankordnung zu beseitigen. Sie geht dabei von der Überzeugung aus, daß die auf weit eine Million DM geschätzten Bargeidhorte der Volkswirtschaft als ausleihbares Kapital erheblichen Nutzen bringen könnten, wenn sie auf Sparkonten eingezahlt würden, deren Inhaber sich nicht auszuweisen brauchen. Der Einwand, daß damit der Steuernehrllichkeit Vorschub geleistet würde, verliert insofern nicht, als das „Schwarzgeld“, wenn es in der Brieftasche oder im Strumpf bleibt, sowieso nicht versteuert wird. Die Steuermoral würde also durch Aufhebung des Legitimationszwanges nicht weiter verschlechtert, sie könnte im Gegenteil verbessert werden, wenn nach dem Vorschlag der Sparkassenorganisation von den anonymen Spärsparungen eine Steuer erhoben und direkt an die Finanzämter abgeführt würde. Der Zinssatz würde dann entsprechend niedriger sein. Mit einer solchen „Quellensteuer“ auf Nummernspärbücher sind in der Schweiz seit Jahren gute Erfahrungen gemacht worden.

Es hieße jedoch die Bargeidhorte verknappen, wenn man dabei nur an „Schwarzes Geld“ denken wollte. Es handelt sich zum großen Teil auch um legale Mittel, die zurückgehalten werden, weil die Besitzer ihre Umgebung nichts davon wissen lassen wollen. Besonders auf dem Lande spielt das eine große Rolle. Hier würde die Möglichkeit, Sparkonten unter einer Nummer oder einem Kennwort zu errichten, sicherlich erheblich ausgenutzt werden.

In Österreich, wo 1948 der Widerstand des Finanzministeriums überwunden und der Legitimationszwang für Konten und Depots aller Art beseitigt wurde, hat sich gezeigt, daß die auf den Überbringer oder auf ein Kennwort lautenden Guthaben auch in den Perioden stetig angewachsen sind, als im sonstigen Sparverkehr beträchtliche Auszahlungsüberschüsse zu verzeichnen waren. Die anonymen Konten erwiesen sich zudem als effektiv langfristig, weil von ihnen nur wenig abgehoben wird. Der „nächsterne Maßstab des größeren Gesamtnutzens“, von dem in Österreich in diesem Zusammenhang die Rede war, spricht also deutlich dafür, auch in der Bundesrepublik den Bann des Legitimationszwanges zu lösen.

„Badische Heimat“ fährt nach Maulbronn

Im gleichen Jahrhundert, in dem die Etlinger das Stadtrecht erhielten und im oberen Albtal die Klöster Herrenalb und Frauenalb entstanden, begannen im benachbarten Kraichgau Mönche des Zisterzienserordens den Bau ihres Klosters Maulbronn.

Von den Klöstern in Herrenalb und Frauenalb sind uns, wie von fast allen Klosteranlagen in Deutschland, nur Ruinen geblieben. Auch die mittelalterliche Stadt Etlingen ist uns nur in wenigen Festen und aus spärlichen Beschreibungen bekannt. Maulbronn dagegen hat dank eines glücklichen Schicksals die Jahrhunderte überdauert. So steht der Kunst- und Heimatfreund heute doppelt ergriffen vor dieser schönen Verkörperung einer wichtigen mittelalterlichen Lebens- und Kulturgesellschaft.

Stilformen von der Romantik bis zur reifen Gotik entzücken das Auge, und die Stille und Weite der inneren Klosterbezirke ergreifen auch den Beschauer aus unseren Tagen. Viel haben die stummen Steine zu erzählen, wenn man ihnen nur ein aufmerksames Ohr leiht: Sage, Überlieferung und Geschichte, die bis in die heutige Zeit hineinreicht und nicht selten mit Gestalten und Ereignissen unserer engeren Heimatgeschichte verbunden ist.

Kurzum: der Besuch Maulbronn bringt eine Fülle des Erlebens, und gerade dies ist der Grund, warum der Ortsverein Etlingen der „Badischen Heimat“ das ehrwürdige Zisterzienserkloster am Fuß des Eifinger Bergs zum Ziel seines ersten Nachkriegsausflugs erkoren hat. — Aber auch An- und Abfahrt werden reich sein an landschaftlichen und heimatkundlichen Schönheiten, seien es die schönen Fachwerkbauten des Dorfes Stein oder das schöne Stadtbild Bretten, wo auf der Rückfahrt noch einmal ein Halt vorgesehen ist.

Jeder Heimatfreund, jedes Mitglied des Ortsvereins Etlingen der „Badischen Heimat“ wird gut daran tun, sich den Termin dieser Fahrt schon jetzt vorzunehmen. Der Ausflug findet statt am Sonntag, 27. Juli, mit dem Omnibus der Albtalbahn. Der Fahrpreis beträgt 3,50 DM. (Genaue Anzeige folgt noch.) Anmeldungen, um die sofort gebeten wird, nehmen entgegen der I. Vorsitzende des Ortsvereins Etlingen, Rektor Ludw. Bopp, Langevingerstr. 9 und der Schriftführer, Hans Leopold Zollner, Zehntwiesenstr. 20.

Aus dem Bericht der Landespolizei für die Zeit vom 4. bis 10. Juli

Kurven langsamer befahren Auf der Dertinger Straße bei Bretten geriet ein Pkw in einer Kurve aus der Fahrbahn und überschlug sich mehrmals. Die im Pkw befindliche Ehefrau des Fahrers wurde aus dem Wagen geschleudert. Sie erlitt schwere Verletzungen, an denen sie nach Einlieferung im Krankenhaus verstarb.

Nicht an unübersichtlichen Stellen überholen Bei der Durchfahrt durch Bretten überholte der Fahrer eines Lkw an einer unübersichtlichen Stelle ein Pferdewerkzeug, stieß gegen das Fuhrwerk und verletzte beide Pferde.

Bremsen überprüfen Als ein Lkw-Fahrer auf der Bundesstraße 3 vor der geschlossenen Schranke des Bahnübergangs anhalten wollte, wirkten die Bremsen des Fahrzeuges nicht. Infolgedessen stieß der Lkw auf einen in gleicher Fahrtrichtung haltenden Pkw. Dieser wurde stark beschädigt. Die Weiterfahrt des Lkw mußte verhindert werden.

Auf der Bundesstraße 36 stieß nachts ein Kraftfahrer mit einem Fußgänger zusammen. Der Kraftfahrer erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er im Krankenhaus verstarb. Der Fußgänger brach sich den Oberschenkel.

Auf der Bundesstraße 10 versuchte der Fahrer eines Dreiradlieferwagens eine seitlich der Straße aufgestellte Zugmaschine in dem Moment zu überholen, als ein Lkw aus entgegen gesetzter Richtung auf ihn zukam. Beide Fahrzeuge stießen zusammen. Es entstand Sachschaden.

Am 9. Juli, etwa um 12.30 Uhr, brach im Hardswald seitlich der Straße Leopoldshafen-Spöck ein Brand aus. Die vom Bürgermeister aus Friedrichstal alarmierte Bevölkerung, die dortige Feuerwehr und die Berufsfeuerwehr Karlsruhe leisteten sofort Hilfe, so daß der Brand auf eine Fläche von 1,5 ha Jungwald beschränkt wurde. Der Schaden wird auf etwa 5000 DM geschätzt. Nach Ermittlungen ist der Brand seitlich der Straße vermutlich durch Wegwerfen brennenden Baumaterials oder durch Funkenflug einer Zugmaschine entstanden. Eine schuldige Person konnte noch nicht ermittelt werden.

Unter Hinterlassung einer nicht geringen Zechschuld entfernte sich in Bretten ein Reisender. Seine Personalien konnten ermittelt werden.

Eine aus dem Mädchenheim Bretten Entwichene konnte ergriffen und wieder zurückgebracht werden. Ebenso gelang es, einen aus der Anstalt in Baden-Baden entwichenen Jungen zu ergreifen und wieder zurückzubringen.

Wegen Verflächung und irreführender Bezeichnung von Lebensmitteln mußten verschiedene Personen angezeigt werden.

Mit dem „Fidelien Sonntagsbummer“ nach Bad Liebenzell

Bad Liebenzell, das reizvolle Kurstädtchen im Nagoldtal ist das Ziel der Ausflugsfahrt des „Fidelien Sonntagsbummers“ am kommenden Sonntag, 20. Juli.

Den „Kurgästen für einen Tag“ eröffnen sich in Bad Liebenzell vielerlei Möglichkeiten eigener Programmgestaltung. Erwähnt seien hier nur der Besuch der Kurkonzerte, Spaziergänge in den Kuranlagen, der Nachmittags-Tanztee auf der Kurterrasse oder ein erfrischender Aufenthalt im idyllisch gelegenen Freischwimmbad.

Für die Wanderfreunde sind sachkundig geführte Wanderungen durchs Monachtal und zur Riesenburg vorgesehen. Der Sondernzug hält daher bei Hin- und Rückfahrt in Monbach-Neuhausen.

Abfahrt in Karlsruhe Hbf 7.30 Uhr. Rückkunft nach Karlsruhe Hbf 19.23 Uhr. Der Fahrpreis ist weitgehend ermäßigt und beträgt ab Karlsruhe 3,10 DM.

Anmeldungen nimmt auch die EZ entgegen.

Capitol „Marie Antonjette“

Ille bereits kürzlich in einem der Etlinger Filmtheater. Infolge des zahlreichen Besuchs sahen sich die Capitol-Lichtspiele genötigt, diesen sehenswerten Film nochmals in das Programm aufzunehmen und bis heute zu zeigen.

Wenn man diesen Film sieht, dann lebt man mit in einer Zeit, die eine alte Epoche zum Sterben verurteilt, weil sie überlebt war, die aber gleichzeitig etwas Neues schuf, das mit der Wucht einer Revolution auf das Land niederbrannte und das unendliche Leiden schuf, bevor es ausgegoren war.

Ull „Falschmünzer am Werk“

Der Kriminalfilm hat nach dem Krieg eine neue Richtung eingeschlagen, die auch in diesem Film zum Ausdruck kommt. Während der Kriminalfilm früher mehr oder weniger auf Unglaubwürdigkeit beruhte und eine Art Detektivstil vorherrschte, hat man heute oft wirkliche Ereignisse zum Anlaß genommen, um einen guten Kriminalfilm zu drehen. So war es bereits bei dem Film „Wer fuhr den grauen Ford?“ und so ist es auch bei diesem Stück, das in mitreißendem Dokumentarstil eine Spannung erzeugt, die sich nicht hebt und senkt, sondern von Anfang bis Ende gleich packend ist. Die Union-Lichtspiele zeigen diesen deutschen Kriminal-Dokumentarfilm bis Donnerstag.

Aus den Albgau-Gemeinden Bruchhausen berichtet

Bruchhausen. Der Schulhausweiterbau geht der Fertigstellung entgegen und kann am 27. Juli mit dem Fest der 800jährigen Bestehens der Gemeinde seine Einweihung erhalten und dem Schulbetrieb zur Verfügung gestellt werden. Der Entwurf stammt von Architekt Schottmüller (Etlingen), der auch die Bauleitung inne hatte. Der Neubau hat zwei große, helle, freundliche Schulzimmer, moderne Klosettanlagen, Zentralheizung und Raum für Badeinrichtung. Die am Bau beteiligten Firmen sind: Mauerarbeiten Fa. Vorbach (Karlsruhe), Dachdeckerei R. Kiefer (Bruchhausen), Zimmergeschäft Leicht (Bruchhausen), Glaserarbeiten Frz. Kuhn (Bruchh.), Schreiner Wilh. Speck (Bruchh.), Maler Armbruster (Bruchh.), Schlosser A. Reuter (Bruchhausen), Elekt. Schwab (Bruchh.), Zentralheizung Fa. Koch (Karlsruhe). Auch die übrigen Schulräume wurden renoviert, so daß zur künftigen Unterrichtung freundliche Räume zur Verfügung stehen.

Bruchhausen baute Leichenhalle Die Gemeindeverwaltung hat trotz schwerer finanzieller Belastung durch den Schulhausneubau diese schon längst notwendige Einrichtung geschaffen. Der Bau der Leichenhalle war durch die überbelegten Wohnungen unbedingt erforderlich und dürfte im Bedarfsfall selbst diejenigen Bürger, welche dagegen sprachen, voll überzeugen. Der Entwurf kam von Architekt Höll (Etlingen), der auch die Bauleitung innehatte. Die Bauarbeiten wurden von folgenden Firmen ausgeführt: Mauer-, Dachdecker- und Verputzarbeiten Rud. Kiefer (Bruchh.), Zimmerarbeiten Joh. Günth (Br.), Schreiner- und Glaserarbeiten Franz Kuhn (Br.), Glocke Fa. Bachert (Karlsruhe). Die Halle steht in ihrer schönen Ausgestaltung ein wahres Schmuckstück für den Friedhof dar.

Buvenbach Die Klamm wird überbrückt

Buvenbach. Als erster Punkt der am Donnerstag, 10. Juli, stattgefundenen Gemeinderatsitzung stand die Regulierung der Klamm zur Beratung. Mit diesem Problem hatten sich die bisherigen Gemeindeverwaltungen immer wieder befaßt, ohne dieses Problem lösen zu können. Durch diese Arbeit erfährt nicht nur der Eingang zum Ort, sondern das gesamte Ortsbild zweifellos eine Verschönerung. Die Pläne liegen bereits vor. Wenn die erforderlichen Genehmigungen seitens des Landratsamtes, des Wasserwirtschaftsamtes und des Badenwerkes vorliegen, kann die Überbrückung in die Tat umgesetzt werden. Diese wird von der technischen Einheit der US-Armee, die bereits den Sportplatz des FC sowie des TV erweitert hat, durchgeführt. Wenn die Arbeiten erledigt sind, wird ein Jahrzehntelanger Wunsch aller Einwohner in Erfüllung gehen. Mit der Einholung dieser Genehmigung soll gleichzeitig um die Zustimmung zur Herrichtung des Hellenweges ersucht werden.

Zum Ankauf zweier Ziegenböcke erteilt der Gemeinderat seine Zustimmung. Für den durch einen Unfall an der Ausübung des Dienstes behinderten Feldhüters Meinrad Vogel wurde Leonhard Vogel für die Dauer von dessen Erkrankung zum Hilffeldhüter bestellt. Als letzter Punkt der öffentlichen Sitzung behandelte das Kollegium die Einweihung des Schulhauses. Als Termin wurde der 7. September festgelegt. In einer Besprechung mit den Vereinsvorständen soll das Programm für die Einweihungsfestlichkeiten, mit denen ein Bazar verbunden sein soll, festgelegt werden. — In geheimer Sitzung wurde die Stelle eines Hausmeisters unter drei Bewerbern dem bisherigen Schuldieners Anton Becker zugesprochen.

In einer am Freitag im Klubgebäude stattgefundenen außerord. Monatsversammlung wurde die finanzielle Seite der Erweiterung des Sportgeländes besprochen. Durch einen einmaligen Beitrag der Mitglieder sollen diese Kosten zu zwei Dritteln gedeckt werden. Die Ortsgruppe des VdK hielt am Sonntagabend eine Mitgliederversammlung ab, in der ein Bericht über den Kreisstag in Durlach gegeben wurde. Gleichzeitig wurde die Durchführung eines Ausfluges beschlossen. — Die Sterbefälle in unserer Gemeinde mehren sich in der letzten Zeit in auffälliger Weise. Kaum bedeckt der Grabhügel einen Gemeindegänger, ertönt schon wieder die Scheideglocke. So starb am Samstagfrüh die Witwe Walburga Seiberlich, geb. Becker, im Alter von 85 Jahren. — Den Bund fürs Leben schlossen am Samstag die Brautleute Richard Hunzelmann und Rosa Becker und am nächsten Samstag Leopold Ochs und Theresia Anders.

Am kommenden Sonntag veranstaltet der Gesangverein „Freundschaft“ sein diesjähriges Sommerfest im Sonnengarten. Vorigen Sonntag beteiligte sich der Verein bei der Fahnenweihe des Gesangvereins „Edelweiß“ Langensteinbach. Mit zwei Chören nahm der Verein auch am Freundschaftssingen teil. e.

Aus Chenrot

Chenrot. Allorts rauschen die Sensen und schon gehen die fahrbaren Dreschmaschinen im Lande um. Auch im Albtal mehren sich die Zeichen, die auf eine baldige Ernte schließen lassen. Schon liegen einzelne Gerstenfelder am Boden. Bald wird das Korn und das übrige Getreide folgen, denn Wind und Regen haben ihre Schuldigkeit getan. Auch die Achkübler haben ihre Schuldigkeit getan. In wenigen Tagen wird der Schulleiter als freigegeben. Mögen auch diese Kinder durch Anständigkeit und Fleiß ihre gute Erziehung allorts bekunden und als ganze Menschen durch das Leben gehen. L.R.

Speffart

Speffart. Der Gesangverein wie auch der Musikverein waren am Samstag und Sonntag des vergangenen Wochenendes wieder in Huldigung ihrer Kulturideale auf Fahrt in die nähere Umgebung. Am Samstag startete der Musikverein um 19.30 Uhr nach Stupferich, um den dortigen Musikverein aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens zu besuchen. Bei der Ankunft am Ortseingang bot Stupferich ein wahrhaft festliches Gesicht, was die gute Stimmung noch verbesserte. Unter größter Ruhe des Publikums betrat unsere Jugend-

kapelle das sehr schön geschmückte Podium. Stürmischer Applaus brauste durch das große Festzelt für die jungen Musiker mit ihrem Dirigenten Schäfer. Auch bei den Senioren war dasselbe festzustellen. Mit froher Stimmung und guter Zuversicht für den Sonntag wurde die Heimfahrt angetreten.

Der Gesangsverein „Germania“ war mit seinen Sängern und einer großen Zahl Sangesfreunden am Sonntagmittag starklich zum Besuch des großen Sängerfestes in Langensteinbach, wo der Verein am Freundschaftssingen teilnahm. Auch hier hat der Verein mit seinem Chormelster Heck den Beweis seines großen Könnens erbracht. Mächtiger Beifall war der Dank für die so schön vorgetragenen Lieder. — Am Nachmittag des Sonntags versammelte sich der Musikverein auf neue zur Fahrt nach Waldprechtswieser. Der dortige Musikverein feierte sein 30. Wiegenfest. Außer den Musikern und Jungmusikern waren auch hier eine Anzahl Schlachtenbummler mit von der Partie. Auch hier hat besonders wieder die Jugendkapelle einen glanzvollen Vortrag zu Gehör gebracht. Auch die alten Herren machten ihrem Dirigenten und der breiten Öffentlichkeit viel Freude durch ihr exaktes Spielen. — Am kommenden Sonntag besucht der Musikverein den Nachbarverein Schöllbrunn bei seinem Gartenfest-Abmarsch 2 Uhr nachmittags beim Vereinslokal.

**Schluttenbach**

**Schluttenbach.** Infolge des großen Wasserverbrauchs an der Gemeinschaftsleitung Völkensbach-Schluttenbach traten längere Zeit Versorgungsschwierigkeiten für die Gemeinde Schluttenbach ein. Ein Umbau der Versorgungsanlage wäre deshalb dringend erforderlich. — Ein Messung des Lindenbrunnens in Schluttenbach ergab trotz der großen Trockenheit 10 Liter in der Sekunde. — Zur Zeit wird eine Materialhütte gebaut zur Lagerung von unverderblichem Baumaterial für die Kirche. — Infolge Dienstabgabe des seitherigen Feldhüters wurde Theodor Becker als Nachfolger ernannt. Die Gemeinde hat zwei „Total“-Handfeuerlöcher angeschafft, welche während der Dreschezeit bei der Dreschhalle angebracht werden. Bezirksvertreter Lindemann (Karlsruhe) hat in Anwesenheit der Feuerwehr und Bevölkerung einen Probebrand erfolgreich bekämpft.

**Schöllbronner „Kolpingsfamilie“ fuhr in die Pfalz**

**Schöllbrunn.** Am vergangenen Samstag startete in früher Morgenstunde der Omnibus der Fa. Wäldin Ettligen zu froher Fahrt der Kolpingsfamilie Schöllbrunn in die Pfalz. Bei Maxau über den Rhein durch den großen Eienwald, durch viele im Krieg stark mitgenommene Ortschaften, an nicht zu zählenden unliebsamen Erinnerungen zerstörter Bunker und Panzersperren vorbei, führte die Fahrt an die deutsch-französische Grenze nach dem Weintort Schweigen. Weibsburg, im Lautertal liegend, zeigte sich in anmutiger Weise auf dem linken Hügel und schon wurde das deutsche Weintort erreicht. Das schmucke Weindorf Schweigen wurde durch das im Jahr 1936 als 25 Meter hoher Massivbau erstellte Weintort berühmt. Von der Galerie des Tores, die in 8 Meter Höhe die beiden Seitenwände verbindet und etwa 150 Personen Platz bietet, kann man bei klarem Wetter das Straßburger Münster, den Schwarzwald und ostwärts den Speyerer Dom erblicken. Das Deutsche Weintort zeigt gleichzeitig den Beginn der Weinstraße durch die mit Reben gesegnete Pfalz an. Die Gaststätten sowie die darunter liegenden Kellereien, in welchen die Weine mehrerer Gemeinden gelagert werden, wurden im letzten Krieg in Trümmer gelegt und sind jetzt wieder neu entstanden. Das Dorf Schweigen selbst, während des Krieges von den Befestigungen des einstigen Westwalls im Niemandsland gelegen, ist heute zu drei Vierteln wieder aufgebaut und hat mit dem wiedererbauten Schulhaus eines der schönsten pfälzischen Schulgebäude und eines der modernsten in Besitz.

Nach kurzem Aufenthalt ging es in rascher Fahrt der 8 km entfernten Kurstadt Bergzabern zu, wo die Fahrtteilnehmer durch Besuch des Gottesdienstes ihrer Sonntagspflicht genülten. Nun ging es weiter durch die Pfälzer Berge, die als Ausläufer der Vogesen die weiten Wälder nach Norden tragen. Wuchtig emporkragende Felsen zeigten sich fortlaufend dem staunenden Auge. Am Jungfernsprung vorbei ging es nach Dahn und Annweiler, dort wurde der Trifels erstiegen und eine herrliche Aussicht konnte den vom Omnibus aus kurzen Bergsteig, Edenkoben, das nächste Ziel, wurde bald erreicht und in dem „Vier Jahreszeiten“ wurde ein sehr gut zubereitetes, schmackhaftes und reichliches Mittagessen geboten. In Neustadt galt der kurze Besuch der Begrüßung des dort berufstätigen ehemaligen Seniors Engelbert Wipfler. Speyer mit seinem altherwürdigen Dom war das nächste Ziel. Hier nahmen die Teilnehmer am Rundgang mit Vortrag durch den Dom teil. In eingehender Weise schilderte ein Pater alles Wissenswerte über die in großartig einfachem romanischen Stil erbaute Pfälzerbasilika mit drei Langschiffen, Querschiff, zwei Kuppeln und vier Türmen. Die Kaisergräber wurden gezeigt und ihre Geschichte aufmerksam verfolgt. Neben den Fürsten und Fürstinnen, die im Dom der seligen Auferstehung entgegenbarren, sind noch etwa 50 kirchliche Würdenträger (Bischöfe) bestattet. Ebenfalls mit großem Interesse wurde der 1511 aufgeführte Ölberg vor dem Dom bestaunt. Infolge Zeitmangels konnte das historische Museum der Pfalz nicht mehr besichtigt werden. Wir überstiegen am Rhein und gingen dem nächsten Ziel, dem Schloßgarten in Schwetzingen entgegen. Hier wurde unter fachkundiger Führung über die einstmaligen Bewohner des Schlosses, ihre Gebräuche und ihr Tun, aber auch über ihre Familienverhältnisse Aufschluß gegeben. Im Schloßgarten folgte ein Rundgang. Die herrlichen Anlagen mit den schönen Baumsägen, Wasserwerken, Statuen und Schmuckarchitekturen wurden bewundert.

Nach reichlichem Genuß der Schönheiten im Schwetzingen Schloßgarten wurden auch die leiblichen Ansprüche erfüllt und in später Abendstunde erfolgte die Heimfahrt über die Autostraße nach Schöllbrunn, wo bereits um 11 Uhr die Fahrtteilnehmer, hochbefriedigt über das Gesehene, dem Wagen entsteigen konnten, nicht ohne dem Wunsch Ausdruck zu geben, beim nächsten Ausflug der Kolpingsfamilie wieder dabei zu sein.

**Waldfest des Musikvereins**

Am kommenden Samstag und Sonntag be geht der Musikverein „Lyra“ ein Sommer nachts-Waldfest. Ein solches hat bereits vor drei Jahren einen sehr guten Anklang gefunden, so daß die Vereinsleitung auf diese Art den Freunden und Gönnern des Vereins wieder frohe Stunden bieten will. Mehrere Musikvereine des Albts haben ihr Erscheinen zugesagt und es dürfte auch in diesem Jahr durch die Gastkapellen gute Musik geboten werden. Daß auch für das leibliche Wohl bestens gesorgt ist, gebührt mit zur Tradition des Musikvereins, so daß der Besuch der Festlichkeiten auf jeden Fall lohnend sein wird.

Die Bundesregierung plant die Schaffung eines „General-Gesetzes“ zur Neuregelung des Wettbewerbs, das die Bestimmungen des teilweise überholten „Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb“, des „Rabattgesetzes“, und der „Zugabenverordnung“ entsprechend den neuzeitlichen Bedürfnissen enthalten soll.

**Wirtschaft in Kürze**

In Wiesbaden wurde der „Deutsche Berufsgenossenschaftstag 1952“ mit einer internen Mitgliederversammlung des „Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften e.V.“ eröffnet.

**Städt. Schwimmbad**

Wassertemperatur um 12 Uhr 20° Celsius

Rheinfelden	—	—	Breisach	216	(-2)
Straßburg	275	(-4-5)	Maxau	435	(+4)
Mannheim	282	(+1)	Caub	186	(-3)



Donnerstag und Freitag wechselnd wolkig bis aufheiternd, im wesentlichen trocken. Höchstens ganz vereinzelt etwas gewittrig. Wieder etwas wärmer. Höchsttemperaturen zum Teil über 25 Grad. Veränderliche Winde.

Barometerstand: Veränderlich-schön.  
Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): +17°

**ETTLINGER ZEITUNG**

Südd. Heimatzeitung für den Alb- gau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. — Druck und Anzeigen-Annahme: A. Graf, Ettligen, Schöllbronner Straße 5, Tel. 37 487

Anzeigen-Annahme für Karlsruhe: Annoncen-Kreis oHG., Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 713

**Todesanzeige - Danksagung**  
Am 13. Juli 1952 ist unser lieber Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Opa  
**Gottlieb Buderer**  
im Alter von 74 Jahren, nach kurzem, schweren Leiden sanft entschlafen.  
Auf Wunsch des Verstorbenen hat die Beerdigung in aller Stille stattgefunden.  
Wir danken all denen, die ihm das letzte Geleit zur Ruhestätte gaben, ganz besonders für die vielen Kranz- und Blumenspenden und der Direktion der Eisenbahnbetriebsgesellschaft für den Nachruf am Grabe.  
**Geschwister Buderer und Anverwandte**  
Ettligen, Kronenstr. 20, den 17. Juli 1952

**GESANGVEREIN „FREUNDSCHAFT“ ETTLINGEN**  
Am Dienstag, den 15. Juli verschied unser  
Mitgründer und Ehrenmitglied  
**Franz Utz**  
im Alter von 89 Jahren. Als eifriger und pflichtbewußter Sänger war der Verstorbene bis zu seinem hohen Alter mit dem Verein in Treue verbunden. Wir werden ihm deshalb ein dauerndes Andenken bewahren.  
Auf Wunsch der Angehörigen wurde von einem Grabgesang Abstand genommen.  
**Der Vorstand**

**Danksagung - Statt Karten**  
Für die vielen Beweise inniger Anteilnahme, den vielen Kranz- u. Blumenspenden beim Heimgang unserer lieben Entschlafenen, Frau  
**Elisabeth Dietz**  
geb. Glaswetter  
sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Stadtpfarrer Weick für die tröstlichen Worte und dem Musikverein für die erhebenden Trauerweisen.  
Die trauernden Hinterbliebenen  
Familie Artur Dietz  
Familie Fritz Berkner  
Alfred Dietz  
Ettligen, Leopoldstr. 6, den 17. Juli 1952

**DANKSAGUNG**  
Für die zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme sowie für die vielen Kranz- und Blumenspenden beim Heimgang meiner geliebten Gattin  
**Else Salzgeber**  
geb. Reitzner  
sage ich allen meinen innigsten Dank. Besonderen Dank Herrn Stadtpfarrer Weick für seine Krankenbesuche sowie den Barmherzigen Schwestern für ihre liebevolle Pflege.  
Die trauernden Hinterbliebenen  
Eugen Salzgeber  
Ettligen, den 16. Juli 1952

**INS EIGENHEIM**  
Wohnmöbel, Schlafzimmer, Matratzen, Küchen-Einrichtungen, Couchs, Sessel, Gardinen, Teppiche, Kleinmöbel  
finden Sie in unseren Lager-Räumen. — Günstige Zahlungs-Bedingungen  
Unverbindliche Besichtigung gern gestattet  
**MÖBEL-GROS** Schöllbronner Straße 37  
W.K.V. — B.B.B. — Möbelparhilfe

**Läftige Haare**  
befestigt garantiert  
schmerzlos und zuverlässig  
„ARTISIN“  
Endhaarungcreme  
Tube zu 1.50 u. 2.50  
Sicher zu haben:  
**Drogerie R. Chemnitz**  
Leopoldstr. 7 Telefon 590

**CAPITOL**  
Des besonderen Erfolges wegen  
auch heute 20.00 Uhr (letztmals)  
„Marie Antoinette“  
Schicksal einer Frau und Königin

**STADT.BEKANNTMACHUNGEN**  
**Albreinigung**  
Die regelmäßigen Räumungs- und Instandsetzungsarbeiten der oberen Alb von der Luisenbrücke in Ettligen bis Fischweier werden vom 1. — 31. 8. 1952 vorgenommen.  
Auf den Anschlag an der Rathausstafel wird hingewiesen.  
Ettligen, 16. Juli 1952  
**Der Bürgermeister**

Beim **Polizeiamt in Ettligen** ist sofort die Stelle eines  
**Polizei-Vollzugsbeamten**  
zu besetzen. — Bewerbungsgesuche sind bis spätestens 31. Juli 1952 an die Stadtverwaltung Ettligen zu richten.  
Beizufügen sind: handgeschriebener Lebenslauf mit Angabe des beruflichen Werdegangs, Zeugnisabschriften sowie Spruchkammerbescheid.  
Es wird Wert auf gute Schulbildung, geistige Regsamkeit, charakterliche Eignung, Fleiß und Pflidttreue gelegt.

**BEKANNTMACHUNGEN**  
**An die Tabakkleinpflanzer**  
Wer im Erntejahr 1952 Tabak als Tabakkleinpflanzer angebaut hat, hat dies bis spätestens zum 31. Juli bei dem Stadtbauamt Ettligen unter Angabe der Lage des Grundstücks und der Anzahl der angebauten Tabakpflanzen mündlich anzumelden.  
Tabakkleinpflanzer ist, wer für den eigenen Hausbedarf Tabak auf einer Grundfläche von nicht mehr als 50 qm an baut und nicht mehr als 200 Tabakpflanzen setzt.  
Die Kleinpflanzensteuer beträgt  
für 101 — 150 Pflanzen . . . . 5.— DM  
für 151 — 200 Pflanzen . . . . 12.— DM  
Bis 100 Pflanzen sind steuerfrei, unterliegen jedoch der Anmeldepflicht.  
Ettligen, 15. Juli 1952  
**Hauptzollamt Karlsruhe**

**ZUMIETEN GESUCHT**  
**Möbliertes Zimmer**  
von berufstätigem Herrn für sofort gesucht.  
Angeb. unter 2602 an die EZ

**WOHNUNGSTAUSCH**  
3-Zimmer-Wohnung mit Bad im Rohrdorferweg gegen ebensolche in schöner Lage bald zu tauschen gesucht.  
Zu erfr. unter 2619 in der EZ  
Kleinere, gut erhaltene, funktionierende  
**Benzinmotor-Wasserpumpe**  
für 1 oder 1 1/2 Zoll-Leitung für größeren Obalgarten zu kaufen gesucht.  
Zu erfr. unter 2606 in der EZ

**Entlaufen**  
Schwarzer Zwergspitz.  
Montag abend entlaufen.  
Schütz — Friedensstraße 25

Für die Schweinemast und zur Aufzucht von Jungtieren aller Arten  
**„Kraftol“**  
Borsch - Lebertran - Emulsion  
mit hoh. Gehalt an Aufbaustoffen u. Vitaminen  
1/2 Fl. 1.50 1/1 Fl. 2.75  
Verkaufslager:  
**Badenia - Drogerie**  
Rudolf Chemnitz

Die gute  
**Dauerwelle**  
für die Reisezzeit vom  
**Salon KRAMER**  
Pforzb. Straße, Ruf 37 419

**STELLENANGEBOTE**  
**Junges Mädchen**  
oder Frau für halbtags zur Mithilfe in Haushalt gesucht. Friseur Kramer — Ettligen Pforzheimer Str. 33  
Jüngere, unabhängige  
**Küchenhilfe**  
zum Eintritt ab 1. 8. gesucht.  
**Hotel Erbprinz**

**ZUKAUFEN GESUCHT**  
Anzug, mögl. dreiteilig, Gr. 176, gut erh. zu kaufen gesucht. Angeb. unter 2618 an die EZ  
Suche für sofort  
leeres od. teilmöbl. Zimmer zu mieten.  
Angeb. unter 2613 an die EZ

**3% Rabatt**  
**Oelsardinen**  
1/2 Club, 30 mm  
1 Dose 2 Dosen 1.38  
Erfrischungs-  
**Waffeln** 100 g - .35  
**Milch-Block-Schokolade** 100 g TR. 3 TR. - .98  
**Kernselte** geb. 150 g 3 Sack. - .44  
Solange Vorrat  
**PFANNKUCH**  
3% RABATT

**Kleinanzeigen** können Sie telefonisch aufgeben **Ruf 37 487**

# AUS UNSERER HEIMAT

## Alchimisten zu beiden Seiten des Oberrheins

Wissenschaft und Betrug in der Alchimistenküche — Ein Streifzug in der heimatischen Geschichte

Wenn hier von Alchimisten gesprochen werden soll, so wollen wir nicht der weit verbreiteten Meinung huldigen, als hätten sich die Alchimisten zauberischen Geheimkünsten hingegeben und ihre Tätigkeit besonders auf die Herstellung von Gold gerichtet. Die Alchimie war mehr. Sie war eine, besonders im Mittelalter blühende Wissenschaft mit dem Ziel, die Geheimnisse der Natur zu ergründen, um damit einen Beitrag zu liefern zur Frage vom Sinn des Lebens.

Hier soll vom Gesamtbereich der Alchimie gesprochen werden und zwar im Gebiet zu beiden Seiten des Oberrheins.

Kurfürst Friedrich der Siegreiche (1425 bis 1476), der seinem Land ein guter Haushalter war, verstand nicht nur das Schwert, sondern auch die Feder zu führen. Er hatte große wissenschaftliche Interessen und widmete sich auch der Alchimie, wie wir aus einer Bemerkung seines Hofdichters Michael Beham aus Weinsberg wissen. Den Umständen nach ist anzunehmen, daß ihn dabei naturwissenschaftliche Interessen leiteten und nicht die Absicht, Gold herzustellen.

Das läßt sich auch von Ott-Heinrich (1502 bis 1559) sagen, von dessen Kunstgefühl und Kunstgeschmack der Ott-Heinrichs-Bau des Heidelberger Schlosses Kunde gibt. Er lebte im Dienste der Wissenschaft und war ein Mehrer und Förderer der Heidelberger Hochschule. Bedeutende Teile der nach dem Vatikan gebrachten päpstlichen Bibliothek gehen auf seine Sammlerleidenschaft zurück.

Für Ott-Heinrichs Interessen an der Alchimie zeugt sein Verhalten gegenüber drei Italienern, die in Landau sich alchimistischen Studien widmeten und plötzlich die Stadt verließen. Die Flüchtlinge waren dem Kurfürsten als „geschickte“ Personen empfohlen worden, von denen besonders einer, Bartholomäus Claudius Nero, philosophierte und der Geheimnisse der Natur kundig war. Es wurde Ott-Heinrich geraten, sich dieses Mannes anzunehmen, damit er die fürstlichen Interessen fördere. So kam der Italiener Nero an den Hof zu Heidelberg. Er verpflichtete sich, alchimistische Arbeiten durchzuführen, Medizin und Farben herzustellen und dem Fürsten den „Inpis philosophicus“ zu machen. Damit fällt ein Licht auf die wissenschaftlichen Interessen dieses bedeutenden päpstlichen Kurfürsten, der mit einer soliden wissenschaftlichen Bildung ausgestattet war.

Zu Lebzeiten des Kurfürsten Ott-Heinrich hatte Hieronymus Bock aus Bergzabern sein berühmtes „Krienerbuch“ herausgegeben. Er war damit zum größten Botaniker seiner Zeit und der Wortführer einer naturgemäßen Heilung von Krankheiten geworden. Ob er auch der Alchimie huldigte, wissen wir nicht. Nur das wissen wir (R. Ramsauer, „Alchimisten an der Saar und am Rhein“, Kallerslautern 1939), daß der Abt Kinthausen ihm zur Einrichtung eines Laboratoriums zinnerne Kessel, Kolben usw. verehrte.

Es ist allgemein bekannt, daß Franz von Sickingen als Herr der Ebernburg im nahen Bad Kreuznach den berühmten Gelehrten und Abenteurer Magister Faustus junior anstellte, der sich vielseitiger Künste rühmte und vorgab, ein Meister der Alchimie zu sein.

Als der beste Vertreter der Alchimie im Gebiet des Oberrheins kann der rastlos tätige Johannes Joachim Becher (gest. 1682) aus

Speyer gelten. Neben seinen zahlreichen Erfindungen und Phantastereien, die weit über seine Zeit hinausführten, stehen seine Bemühungen zur Goldgewinnung, die in die Zeit seines Aufenthaltes in Österreich und Holland fielen.

Im 18. Jahrhundert begann die Alchimie ihren Charakter als Wissenschaft mehr und mehr zu verlieren. Sie fand auch Eingang in bürgerliche Kreise und wurde zu einer Angelegenheit eines spielerischen Dilettantismus, der allerdings auf die Absicht gerichtet war, Gold auf künstlichem Weg herzustellen. Gleich einer Seuche verbreitete sich um 1730 das „Goldfieber“ in der Stadt Mannheim, das geschürt wurde von üblen Betrügnern. Von regelrechten Laboratorien konnte keine Rede mehr sein, als man sich zum Kochen und Destillieren gewöhnlicher Backsteinherde bediente und damit die Alchimie in den schlimmsten Ruf brachte, den man gewöhnlich mit ihr verbindet. Er kam in Mannheim zu Auswehlungen, Verhaftungen und Beschlagnahmen, alles Maßnahmen, um die Öffentlichkeit vor Enttäuschungen und Betrügnereien zu schützen.

Zu den größten Betrügnereien aber kam es in der gleichen Zeit am Hof des Herzogs Christian IV. zu Zweibrücken. Er war ein, jedem Fortschritt huldigender Fürst, der sich besonders der Gewinnung der in den Bergen seines Landes verborgenen Bodenschätze verschrieb, aber auch davon überzeugt war, daß die Gewinnung von Gold im Laboratorium möglich sei. Er versuchte sich selbst darin und umgab sich mit Leuten, die vorgaben,

ihm den rechten Weg zeigen zu können. Unter allen, die ihm seine Dienste anboten, ragt der Bergrat Dr. Stahl hervor, der immer dann genannt werden muß, wenn von alchimistischen Betrügnereien die Rede ist. Der Herzog schenkte ihm nicht nur in sträflicher Gutmütigkeit sein Wohlwollen, er öffnete ihm sogar seine Kassen. Stahl wurde in einem Schloß bei Zweibrücken ein Laboratorium eingerichtet, in das nach und nach die herzoglichen Silber- und Goldvorräte wanderten, die Stahl zu „vermehrten“ versprach.

Da das nicht gelang, gebrauchte er allerlei Ausreden, die gutgläubig hingenommen wurden und den Herzog nicht daran hinderten, ihm einen Hof bei Baumholder zur Anlage eines neuen Laboratoriums zu überlassen. Hier sollte aus dem metallisch glänzenden Schwefelkies der Nordpfalz Gold gewonnen werden. In einem Jahr versprach Stahl einen Gewinn von 300 000 Gulden, damals eine ungeheure Summe.

Der Herzog ließ es nicht am nötigen Einsatz fehlen. Die Versuche erforderten laufend Geldzuschüsse, die willig gegeben wurden. Unterdessen tauchte ein neuer Alchimist in der Person des Johann Wilhelm Wernher auf, der später zweibrückischer Regierungsrat wurde und wie Stahl ein Betrüger war. Stahl hatte in ihm einen Rivallen bekommen, den es abzuschütteln galt. Darüber starb der Herzog. Bald darauf wurde Stahl entlarvt mit der Feststellung, daß es ihm jahrelang möglich war, den Herzog zu betrügen und staatliches Geld zwecklos auszugeben. A. Zink

## Riefenwelle aus dem Mindelfee

Einer wog 90 kg — Schlupfwinkel in Höhlen

Die größten Welse, merkwürdige, sagenumspinnene Raubfische von urweltlichem Aussehen, die bald mit Haifischen, bald mit der geheimnisvollen Seeschlange verwechselt werden, gibt es in Mitteleuropa nicht etwa im Bodensee, sondern in dem kleinen, völlig von der Umwelt abgeschlossenen Mindelfee auf dem waldigen Bodanrück zwischen dem Überlinger und Untersee des Dreiländermeeres.

Der größte bisher dort erlegte Wels war 2,0 Meter lang und wog 90 kg. Er war die Beute eines Fischers im Jahre 1938. Der Fischer erzählt heute noch von der aufregenden Jagd, in der ihn der Riese mitamt dem Boot mehrmals den See hin- und herzog, bevor er kapitulierte. Weitere kapitale Fänge sind aus den Jahren 1945 und 1946 mit je einem Einhalb-Zentner-Wels bekannt. Der erste im Mindelfee urkundlich nachgewiesene Riesen-„Wels“, wie der Fisch dort auch heißt, wurde im Jahre 1299 vom Grafen Bodman dem Dombherrn von Konstanz verehrt und soll der gesamten Priesterschaft der Stadt zu einem Festmahl gereicht haben.

Das Geheimnis des Mindelfees sind seine überhängenden Ufer und die weit darunter hin verlaufenden Wasserarme und Höhlen, in denen der Wels vor Nachstellungen vollkommen sicher ist. Da er nur zum Laichen im Juni und Juli aus diesen Verstecken hervorkommt und auch dann noch in verhältnismäßig großer Tiefe mit äußerster Vorsicht zu Werke geht, kann er sich im Mindelfee fast ungestört zur vollen „Urweltgröße“ entwickeln, während er in anderen Binnengewässern, auch im nahen Bodensee, meist schon vorher erlegt wird. (Lid)

## Im stacheligen Reiche der Kakteen

Ein Besuch in der Karlsruher Kakteen- und Sukkulentsammlung des wiedererstandenen Gewächshauses im Stadtgarten

Die Menschen, die durch die Hans-Thoma-oder die Waldstraße den Weg zum Botanischen Garten der Stadt Karlsruhe einschlagen, haben seit einigen Wochen einen weiteren Grund, dieses herrliche Fleckchen Erde aufzusuchen. Bisher schon konnten sie auf den zum Sitzen einladenden Bänken ausspannen von der Hast des zermürbenden Alltags, konnten sie sich an der Blüten- und Farbenpracht der vielen Blumen erfreuen, konnten sie das muntere Spiel der Goldfische in den Bassins bestaunen und beim Anblick der ausgeglühten Ruine des alten Hof- und späteren Landestheaters an die glanzvollen Aufführungen zurückdenken, die sie an dieser Stätte erleben durften. Nun wurde im wieder aufgebauten linken Flügel des durch den Krieg zerstörten Gewächshauses eine große Kakteen-, Sukkulenten- und Euphorbiensammlung eröffnet, die die umfangreichste ganz Badens ist. Daneben gibt die ebenfalls durch Bombeneinwirkung ausgebrannte Orangerie ihrer Wiederherstellung entgegen.

Wenn der Besucher die geräumige, gläserne Halle betritt, ist er zunächst verwirrt von der Fülle der Pflanzen, die er in dieser subtropisch anmutenden Landschaft erblickt. Aber bald erkennt er, wie sinnvoll die vielen, vielen Kakteen, Sukkulenten (fleischig-saftige Pflanzen, die für Dürrezeiten Wasser speichern) und Euphorbien (Wolfsmilchgewächse) hier inmitten der Steine eingebettet sind. Bei jeder Pflanze ist ein klei-

nes Täfelchen zu finden, das es auch dem Laien ermöglicht, sich einige Kenntnisse von diesen vielfältigen Pflanzengattungen zu erwerben. Er wird sich an dem Formenreichtum, der von den kleinen, kugelförmigen Gewächsen über den schlangenförmigen Kaktus (Cereus thelognus) bis zu den großen Agaven — um nur einige wenige Beispiele zu nennen — reicht, an den zahlreichen Farbschattierungen der grünen Pflanzen, den wie kleine Farbluften dazwischen verstreuten weißen und roten Blüten und an der zauberhaften Atmosphäre, die der ganze Raum ausstrahlt, ergötzen. Man kann alle Pflaufen gut sehen, ja, es würde sogar eine kleine künstliche Anhöhe angelegt, von der aus man einen guten Überblick über alle Pflanzen hat.

Für Schulen gibt sich hier die Möglichkeit, einen einprägsamen Anschauungsunterricht am lebenden Objekt zu erteilen. Von ganz besonderem Wert ist die Schau natürlich für den Fachmann, der hier die schwer zu überbietende Fülle von Pflanzen bewundern kann und das Gewächshaus bestimmt um manches seltene Exemplar beneiden wird, das sich auch in seiner Sammlung gut ausmachen würde.

Die Ausstellung ist werktags von 9 bis 12 Uhr und von 14 bis 17 Uhr geöffnet, sonntags von 9 bis 12.30 Uhr und nachmittags von 14 bis 18 Uhr. Der Eintritt beträgt für Erwachsene 20 Pfennig, für Kinder von 6 bis 14 Jahren 10 Pfennig. Schulklassen bezahlen je Kind 10 Pfennig. J. W

## Der Taubergrund — einft Badens größter Weingarten

Weinpreis wurde nach Trinkzeit berechnet — Versuche mit neuen Reben

Der Weinbau im Taubergebiet ist in den letzten Jahren wieder ein wirtschaftlicher Faktor geworden. Wenn sich in diesen Tagen in Reichelshelm bei Wertheim Weinbauaufseher aus vielen Weinbaugebieten Süddeutschlands zu einer Tagung trafen, so unterstreicht das ebenso wie die Gründung der „Winzergenossenschaft Badisches Frankenland“ die Tatsache, daß sich der Weinbau im Main-Tauber-Gebiet wieder aufwärts entwickelt hat. Damit wird eine alte Weinbautradition fortgesetzt.

Hier blühten in uralter Zeit schon Reben in einem Ausmaß, wie man es sich heute gar nicht vorstellen kann. Jahrhundertlang war der Weinstock eine reiche Quelle des Wohlstandes der Bevölkerung des Taubergebietes. Noch im Jahre 1890 betrug die Rebfläche in diesem badischen Landstrich 3063 Hektar, die jedoch bis zum Jahre 1927 um 90,4 Prozent auf 305 Hektar mit einem Weinering von 246 Hektolitern zurückgegangen ist. Von dieser Fläche, die sich bis heute gehalten hat, entfallen auf Weißwein 270 Hektar, auf Rotwein 6 Hektar und auf Gemischtwein 29 Hektar. Zu jener Zeit galt das „Badische Frankenland“ als der größte Weingarten Badens. Von 1906 ab begann dann, verursacht durch die Blattfalkkrankheit oder Rebenperonospora, die

zum ersten Male verheerend auftrat, der Niedergang des Edelweinsbaues im Taubergrund.

Um das Jahr 1100, wo der Tauberwein nach Sachsen, Bayern und anderen Gegenden Deutschlands vertrieben wurde, gab es so viel Wein, daß man ihn kaum unterbringen konnte. In alten Urkunden ist zu lesen, daß an Sonn- und Feiertagen da und dort auf Plätzen Wein ausgeschenkt wurde, den man nicht nach dem Maß, sondern nach der Zeit des Trinkens bezahlte. Ja, das waren damals noch Sitten und Gebräuche. Schließlich kostete so um 1585 das Fuder Wein ganze vier Gulden. Sehr viel gutes Weinbergsgelände liegt heute links und rechts der Tauber brach, da es für eine landwirtschaftliche Nutzung kaum geeignet ist. Mit Recht kann man darum gespannt sein auf die Versuche mit der neuen Europäer-Rebe, die u. a. auch peronospora- und reblausbeständig sein soll. Zunächst muß jedoch festgestellt werden, wie sich die neue Rebe unter anderen klimatischen Verhältnissen entwickelt.

Die Aussichten für den Tauberwein sind nicht schlecht. Die Hoffnungen sind berechtigt, daß er einmal in Zukunft überall dort blühenden Eingang finden wird, wo er einmal seine „blumige“ Visitenkarte präsentierte. An Abnehmern dürfte es auch heute nicht fehlen.

## Schienenstränge führen durch viele Berge

Südwestdeutschland hat die meisten Tunneln — Sorgen der Elektrifizierung

Wie freute man sich, wenn man als Kind mit der Eisenbahn durch einen Tunnel fahren durfte. Um so größer war das Vergnügen, je länger der Tunnel war. Das teilweise recht gebirgige Südwestdeutschland stellt das Hauptkontingent an Tunneln der Deutschen Bundesbahn. Wohl besitzen wir nicht den längsten, aber der Fahrtauer Tunnel im südlichen Schwarzwald auf der Strecke Schopfheim-Säckingen mit einer Länge von 3169 Meter steht an dritter Stelle der größten Tunneln der Bundesrepublik.

Diesen „Riesen“ unter den Bundesbahntunneln stehen die „Zwerge“ gegenüber, die ebenfalls reichlich in unserer südwestdeutschen Heimat vertreten sind. Gleich eine Reihe dieser kleinen Tunneln treffen wir im Schwarzwald an. Auf der Strecke Offenburg-Singen, bekannt unter dem Namen Schwarzwaldbahn, befinden sich gleich die kurz hintereinander liegenden Glasträger-Tunneln mit 14 m und 23 m und der auf der gleichen Strecke liegende Tannenbühl-Tunnel mit 24 m.

Die Eisenbahnstrecke Offenburg-Singen ist aber auch in anderer Hinsicht bemerkenswert. In dem 32 km langen Streckenabschnitt von Gutach nach Sommersa liegen 37 Tunneln

die zusammen 9,5 km lang sind. Der längste dieser Tunneln, der als letzter kurz vor dem Bahnhof Sommersa durchfahren wird, ist 1698 m lang. Damit ist diese Strecke mit weitem Abstand die tunnelreichste im ganzen Bundesgebiet. Aber auch andere Schwarzwaldstrecken, auf denen die Eisenbahndirektion Karlsruhe insgesamt 115 Tunneln mit zusammen 38 km Länge betreut, durchfahren eine Reihe von Tunneln. So weist z. B. die Strecke Rastatt-Freudenstadt zehn Tunneln und die Strecke Offenburg-Stuttgart im Abschnitt Hausach-Freudenstadt neun Tunneln auf.

Die 322 Tunneln des Bundesgebietes sind natürlich ungleichmäßig auf die einzelnen Eisenbahndirektionen verteilt. Die meisten Tunneln hat die Eisenbahndirektion Karlsruhe. Es folgen die Direktionsbezirke Mainz mit 76, Stuttgart mit 62 Tunneln.

Heute sind im Zeitalter der Elektrifizierung der Eisenbahnen die Tunneln ein Sorgenkind, denn ihre gegenwärtige Höhe reicht nicht aus, um die Hochspannungsleitungen einzubauen und so müssen entweder die Gleisanlagen tiefer gelegt, oder die Tunneln umfahren werden, soweit es das Gelände erlaubt.

## Die Mannheimer Schule in der Musik

Erinnerung an eine große Epoche — Tausend Symphonien entstanden in Mannheim

Rund 200 Jahre sind es jetzt her, seit sich in der Geschichte der Musik eine Stilwandelung vollzog, deren Ausgangspunkt die Großmeister des Barockzeitalters Bach und Händel und deren Endpunkt das Dreigestirn der Wiener Klassik Haydn, Mozart und Beethoven waren. Dazwischen steht eine Periode des Sturms und Drangs, die sich in der Komponistenschule in Mannheim, am Hofe des überaus kunstsinneigen Kurfürsten Karl Theodor, am stärksten ausprägte.

Drei eingewanderte Musiker, deren Tätigkeit in die Jahre 1745 bis 1760 fällt, waren die ersten Vertreter der neuen Richtung, die das alte Pathos, die herbe Strenge des barocken Stils zur lebenswürdigen Heiterkeit wandelten, die neue Stärke- und Steigerungsgrade entdeckten, das Orchester durch verschiedenartige Sätze erweiterten und auch neue architektonische Formen schafften.

Als das bedeutendste Haupt der Mannheimer Schule ist Johann Stamitz aus Deutschböheim anzusprechen, von dem ein Zeitgenosse schrieb, daß sein Name zu allen Zeiten heilig sein werde. Kretschmar nennt seine Werke „Außerungen einer schwungvollen, ebenso optimistischen wie revolutionären Persönlichkeit, einer Karl-Moht-Natur“. Franz Xaver Richter aus Mähren, der Senior der Mannheimer Schule, suchte eine Verschmelzung des neuen Stils mit dem alten zu erreichen.

Seine besondere Note erhielt die Mannheimer Komponistenschule außerdem dadurch, daß sämtliche Komponisten gleichzeitig Mitglieder des Orchesters waren. Der englische Reiseschriftsteller Burney schrieb darüber 1777: „Es waren wirklich mehr Solopfeiler und gute Komponisten in diesem, als vielleicht in irgendeinem Orchester in Europa. Es ist eine Armee von Generalen, gleich geschickt, einen Plan zu einer Schlacht zu entwerfen, als darin zu fechten.“ Ein anderer Zeitgenosse lobte folgendermaßen: „Kein Orchester der Welt hat es je in der Ausführung der Mannheimern zuvorgehen. Sein Forte ist ein Donner, sein Crescendo ein Katarakt, sein

Diminuendo ein in die Ferne dahinsplätschernder Kristallfuß, sein Piano ein Frühlingshauch.“

Auch Mozart lernte das Mannheimer Orchester auf seiner Reise nach Paris kennen und ließ sich zur höchsten Bewunderung hinreißen. Sein Aufenthalt in Mannheim inspirierte ihn zu manchen Kompositionen, die er seiner Geliebten sowie den Freunden der Hofkapelle widmete.

Der neue Stil eroberte sich rasch die Welt. Überall wurden Mannheimer Symphonien gespielt, die unter dem Namen „Melodia germanica“ in Paris, Amsterdam und London gedruckt erschienen. Fast an die tausend Symphonien gehen auf diese Komponistenschule zurück; allerdings steht die Quantität in keinem Verhältnis zur Qualität. Die Nachfolger von Stamitz und Richter arbeiteten nach bewährtem Rezept, schon der dritte Einwanderer, der Deutschböhme Anton Pils, ist in seinen Werken unselbständig und gleitet ins Seichte ab. Auch die anderen wichtigen „Mannheimer“, die beiden Stamitzöhne Karl und Anton, Holzhauser, der die erste deutsche Nationaloper „Günther von Schwarzenberg“ schuf, Cannabich, Toesdal, Beck, Wendling, Fränzl, Eck, Dann, Sterkel, Edelmann, Tausch, Cramer, Vogler erreichten nicht mehr die Qualität der Werke ihrer Lehrer.

Auf der Höhe seines Rufes mußte Mannheim sein Orchester an München abtreten, nachdem der Kurfürst nach der bayerischen Besetzung übergesiedelt war. Im Jahre 1757 starb Johann Stamitz, Johann Sebastian Bach war schon sieben Jahre tot, Händel blieben noch zwei Jahre beschieden. Mozart war gerade ein Jahr alt und Haydn schrieb erst 1759 seine erste Symphonie; seine weiteren Werke sowie die Kompositionen der kommenden Wiener Meister überstrahlten bald die der „Mannheimer Schule“, die nach und nach in Vergessenheit gerieten, bis die Geschichtsforschung wieder ihre ursprüngliche Bedeutung aufdeckte und musikalische Kostbarkeiten erschloß, die nicht ohne Wirkung auf die nachfolgenden Großen blieben. -lks-

### Umschau in Karlsruhe

**Beratende Ingenieure tagten**  
 Karlsruhe (ZSH). Der Verein Beratender Ingenieure Südwest traf sich zu einer Tagung in Bad Liebenzell. Dipl.-Ing. Dr. Mühlhopt (Karlsruhe) wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Er hob bei der Eröffnung der Sitzung hervor, daß sich der VBI die Aufgabe gesetzt habe, gemeinsam mit der technischen Behörden Ordnung und Sauberkeit auf allen technischen Gebieten zu schaffen, um die Allgemeinheit vor Schaden zu bewahren. Dr. Zeller (Essen) verlangte für den freischaffenden Ingenieur Schutz der Berufsinteressen und der Berufsbezeichnung. Damit die bisher eingetretene Schäden vermindert werden können. In seinem Referat er wies er weiter darauf hin, daß die technischen Behörden nicht selbst Projekte planen und bearbeiten sollten, denn ihre Arbeit sollte sich auf Beratung, Prüfung und Bauaufsicht beschränken. Auf der Tagung wurde von Dr. Mühlhopt vorgeschlagen, eine Kammer für freischaffende Ingenieure zu bilden. In weiteren Referaten wurde der Schutz der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ und die Neuordnung des technischen Bauwesens in Baden-Württemberg besprochen.

**500 DM GEMA-Forderung für einen Abend**  
 Karlsruhe (swk). Der Vorstand der Weiler Siedlungsgemeinschaft „Vierzehn Linden“ hat den Landesiedlerbund in Karlsruhe um Unterstützung angerufen, da die GEMA für einen Siederabend mit Musikunterhaltung eine Forderung in Höhe von 500 DM anmeldete.

**Fremdenlegionäre werden Spätheimkehrer**  
 Karlsruhe (swk/epd). Eine große Anzahl Deutscher ist aus der Gefangenschaft in der Fremdenlegion entlassen worden, weil sie sich für die einzige Möglichkeit, vorzeitig den Stachelbraut verlassen zu können. Inzwischen beginnen die ersten Verträge abzulaufen und die ehemaligen Legionäre werden in ihre Heimat entlassen. Wie swk/epd von authentischer Seite erfährt, genießen sie die vollen Rechte der heimkehrenden ehemaligen deutschen Wehrmachtangehörigen.

### Aus der badischen Heimat

**Über eine Million Lose verkauft**  
 Mannheim (sw). Bei der seit April in Mannheim laufenden Tombola für den Wiederaufbau des Mannheimer Nationaltheaters wurden bisher über eine Million Lose verkauft. Die letzte Serie von 100 000 Lose wird noch in dieser Woche in den Verkauf kommen. Unter diesen Lose ist als Prämiengewinn ein Mercedes Benz 170 V. Die Verlosung des Prämiengewinnes der vorletzten Serie wird der gegenwärtig in Mannheim gastierende Zirkus Grock übernehmen.

**15 Millionen für das Mannheimer Gaswerk**  
 Mannheim (sw). Der Stadtrat von Mannheim beschloß, das Städtische Gaswerk zu erweitern, damit seine Kapazität den Gasbedarf auch in den kommenden Jahren decken kann. Die Kosten für diese Erweiterungsanlagen betragen 15 Millionen DM.

**Rücksichtloses Wasser verbraucht**  
 Plankstadt, Kreis Mannheim (sw). In der nordbadischen Gemeinde Plankstadt bei Mannheim ist gegen einen Einwohner wegen übermäßigen Wasserverbrauchs Anzeige erstattet worden. Der Angezeigte hatte während der Hitzeperiode mehrere Stunden am Tage seinen Kleiderkasten bewässert. In der Gemeinde Plankstadt ist es bei eintretender Wassermangel verboten, landwirtschaftliche Grundstücke zu begießen. Bei Nichtbeachtung

dieser Anordnung kann eine Strafe bis zu 20 DM ausgesprochen werden.

**McCloy dankte für Gastfreundschaft**  
 Bruchsal (sw). Der amerikanische Hochkommissar John McCloy hat in einem Schreiben an den Landrat von Bruchsal und den Bürgermeister von Langenbrücken seinen Dank für die gastfreundliche Aufnahme anlässlich seines Besuchs in der Landwirtschaftsschule von Langenbrücken ausgesprochen. Die Gemeinde hat daraufhin in einer Gemeinderatsitzung beschlossen, eine bebilderte Gedenkmappe über den Besuch zusammenzustellen und sie McCloy zuzusenden.

**Vom Holzschlitten erdrückt**  
 Offenburg (swk). Bei Gengenbach verlor ein 40jähriger Landwirt aus dem Kinzigtal eine an seinem Holzschlitten als Bremse angebrachte Eisenkette. Das Fahrzeug, welches mit Holz beladen war, sauste einen Steilhang hinunter. Der Fahrer geriet zwischen den Schlitten und einen Baum. Er erlitt so schwere Quetschungen, daß er kurz nach Einlieferung ins Krankenhaus starb.

**Gerichtgefängnis wird Gymnasium**  
 Freiburg (swk). Die Arbeiten am früheren Amtsgerichtgefängnis in Schönenau, das zu einem Progymnasium umgestaltet wird und im Robbau beendet. Aus den früheren Zellen werden neuzeitliche Schulräume und Konferenzzimmer. Allerdings gestaltete sich die Umwandlung etwas kostspielig.

**Kommissar Pene verabschiedet sich**  
 Freiburg (swk). Der französische Landeskommissar für Baden, Pierre Pene, der Anfang dieses Monats seine Tätigkeit offiziell beendete und in den nächsten Tagen nach Frankreich zurückkehren wird, hat sich in einer Ansprache über den Südwestfunk von der badischen Bevölkerung verabschiedet.

**Radfahrerin tödlich verunglückt**  
 Waldshut/Lochrain (sw). Beim Einbiegen aus einer Nebenstraße in die Bundesstraße zwischen Dogern und Albruck wurde eine siebenjährige alte Radfahrerin aus Giebelbach von einem Lieferwagen erfasst und auf die Straße geschleudert. Die Verunglückte erlag auf dem Weg ins Krankenhaus ihren schweren Verletzungen.

## Persönlichkeitswahl mit Verhältniswahl

Der Verfassungsausschuß tagte - Abgeordnete nur ihrem Gewissen unterworfen

Stuttgart (swk). Der Verfassungsausschuß der Verfassungsgebenden Landesversammlung Baden-Württemberg hat in erster Lesung sechs Artikel des Verfassungsentwurfs der Regierungskoalition verabschiedet, in denen vor allem das Wahlverfahren, das Wahlrecht und die Aufgaben des Landtags behandelt werden. Die entsprechenden Artikel des CDU-Entwurfs, die sich von denen des Koalitionsentwurfs kaum unterscheiden, wurden mitberaten. Bei der Beratung über das Wahlverfahren bestand im Ausschuß darüber Einigkeit, daß es nicht zweckmäßig wäre, die Grundsätze der Verhältniswahl allein anzuwenden. Diese Grundsätze müßten nach den Erfordernissen der Persönlichkeitswahl modifiziert werden. Der Ausschuß beschloß daraufhin folgende Formulierung: „Die Abgeordneten werden nach einem Wahlverfahren gewählt, das die Persönlichkeitswahl mit den Grundsätzen der Verhältniswahl verbindet“. Der Verfassungsentwurf der Regierungskoalition hatte vorgeschrieben, daß die Abgeordneten nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden sollen. Im CDU-Entwurf war die Regelung des Wahlverfahrens einem Gesetz überlassen worden. Es wurde ferner beschlossen, daß die Fünfprozent-Klausel als Kampfvorschritt in die Verfassung aufgenommen werden soll.

Ohne Änderungen wurden im Ausschuß die Artikel über die Aufgaben der Volksvertretung, die Mandatsausübung und die Wahlperiode des Landtags angenommen. Danach übt der Landtag die gesetzgebende Gewalt aus und überwacht die Ausübung der vollziehenden Gewalt. Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Niemand darf gehindert werden, das Amt eines Abgeordneten zu übernehmen und auszuüben. Wer sich um einen Sitz im Landtag bewirbt, hat Anspruch auf den zur Vorbereitung seiner Wahl erforderlichen Urlaub. Eine Entlassung aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis wegen der Annahme eines Mandats ist unzulässig. Die Wahlperiode des Landtags beträgt vier Jahre. Der Landtag tritt spätestens am 16. Tage nach Beginn der Wahlperiode zusammen. Die erste Sitzung wird vom Alterspräsidenten einberufen und geleitet.

**Wahlberechtigung und Staatsangehörigkeit**  
 Umstritten war im Ausschuß die Frage, ob in die Verfassung eine Bestimmung aufgenommen werden soll, wonach die Wahl- und Stimmberechtigung von einer bestimmter Dauer der Staatsangehörigkeit und des Wohn-

sitzes abhängig gemacht werden soll. Der Ausschuß kam einstimmig zu der Ansicht, daß eine besondere Dauer der Staatsangehörigkeit nicht vorgeschrieben werden soll. In der Frage der Dauer des Wohnsitzes beantragte die CDU im Ausschuß zunächst einen Zeitraum von einem Jahr, später von drei Monaten. Schließlich wurde festgestellt, daß die Regelung dieser Frage einem Ausführungsgesetz überlassen werden soll. Zu der Bestimmung im Verfassungsentwurf, daß die Ausübung des Wahl- und Stimmrechts allgemeine Bürgerpflicht sei, wurde im Ausschuß erklärt, daß diese Pflicht nicht in einem Ausführungsgesetz mit Strafe erzwingen werden dürfe. Diese Bestimmung habe lediglich deklaratorischen Wert.

Der Ausschuß verzichtete ferner auf eine Bestimmung, nach der das passive Wahlrecht für Beamten eingeschränkt werden soll. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß das Grundgesetz bereits eine entsprechende Re-

## Rechtsangleichung im neuen Bundesland

Gemeinde- und Kreisordnung - Schollfrage als heißestes Eisen

Stuttgart (ld). Während die Gleichschaltung der drei bisherigen Länder in der Gesetzgebung auf dem Gebiete der Justiz keine großen Probleme bringt, steht die vorläufige Regierung in Verwaltungsfragen vor großen Aufgaben. Wie Justizminister Dr. Viktor Renner erklärte, wird die Regierung in Kürze mit den Vorbereitungen zur Ausarbeitung einer neuen Gemeinde- und Kreisordnung beginnen. Württemberg, Hohenzollern und Südbaden hatten nach dem Kriege eigene Gemeindeordnungen ausgearbeitet, während in Württemberg-Baden die alte Gemeindeordnung von nationalsozialistischen Zusätzen bereinigt, wieder in Kraft gesetzt worden war. Schwierig ist auch die Vereinheitlichung einer Kreisordnung; in der französischen Zone, also in Südbaden und Südwürttemberg wurde der Landrat vom Staat ernannt, war gleichzeitig Vorsitzender des Kreisverbandes. In Württemberg-Baden wurde der Landrat gewählt.

Justizminister Renner, der die Regelung in den südlichen Ländern als günstig bezeichnete, setzte sich auf der anderen Seite für die Volkswahl des Landrats ein. Er gab zu bedenken, es sei vielleicht nützlich, zu-

gleichung enthalte. Deshalb wurde eine Bestimmung über das Beamtentum im Koalitionsentwurf gestrichen, wonach die Wahlbarkeit von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes in Vertretungskörperschaften durch Gesetz eingeschränkt werden kann. Die materiell-rechtliche Seite dieser Bestimmung soll durch ein Wahl- und Beamtengesetz geregelt werden.

**CDU-Verfassungsentwurf veröffentlicht**  
 Die CDU-Fraktion der Verfassungsgebenden Landesversammlung Baden-Württemberg hat den dritten Teil ihres Verfassungsentwurfs veröffentlicht, der sich in den beiden Abschnitten mit dem Wahl- und Stimmrecht sowie mit den Funktionen des Landtags befaßt. Dieser Teil des CDU-Verfassungsentwurfs unterscheidet sich nur geringfügig von den entsprechenden Abschnitten des Koalitionsentwurfs.

Nach dem CDU-Entwurf ist jeder Staatsbürger stimm- und wahlberechtigt, der am Tage der Abstimmung oder Wahl das 21. Lebensjahr vollendet und seit mindestens einem Jahr seinen Wohnsitz im Gebiet des Landes Baden-Württemberg hat. Ausgeschlossen vom Wahl- und Stimmrecht sind Personen, die unmündig oder nicht im Vollbesitz der staatsbürgerlichen Rechte sind. In den Landtag kann jeder Wahlberechtigte gewählt werden, der das 25. Lebensjahr vollendet hat. Die Regelung des Wahlverfahrens überläßt der CDU-Entwurf einem Gesetz. Für den Fall, daß bei der Wahl die Grundsätze der Verhältniswahl angewandt werden, kann nach dem Entwurf die Zuteilung von Sitzen davon abhängig gemacht werden, daß ein bestimmter Prozentsatz von Stimmen erreicht wird. Für den Landtag sieht der Entwurf eine Legislaturperiode von vier Jahren vor.

Der Landtag kann sich durch Beschluß von zwei Dritteln seiner Mitglieder selbst auflösen. Die Regierung muß den Landtag vor Ablauf der Wahlperiode auflösen, wenn dies von 200 000 Wahlberechtigten verlangt wird und sich bei der anschließenden Volksabstimmung die Mehrheit der Abstimmenden dafür ausspricht.

Die Abgeordneten sollen Vertreter des ganzen Volkes und nicht nur ihrer Wähler sein. Sie sollen nicht an Aufträge gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen sein. Im einzelnen legt der Entwurf dann die Pflichten und Rechte der Abgeordneten fest.

Den vierten und letzten Teil ihres Verfassungsentwurfs wird die CDU voraussichtlich in der kommenden Woche veröffentlichen.

schicht einmal beide Regelungen nebeneinander herlaufen zu lassen, um so feststellen zu können, bei welcher am meisten geleistet werden könne. Er sagte, Wohnungs- und Pflichtingewesen zum Beispiel dürften der Hand des Staates nicht entzogen werden. Auch auf dem Gebiete der Forstwirtschaft und der Jugendberufshilfe müssen Änderungen ausgearbeitet werden.

Als heißestes Eisen bezeichnete Justizminister Dr. Renner die Regelung des Schulwesens. Bekanntlich setzt sich die Regierungskoalition für die Einführung der Gemeinschaftsschule in Südwürttemberg ein, während die Opposition prinzipiell das Elternrecht verlangt, sich aber zunächst mit dem Status quo, also der Gemeinschaftsschule in Südbaden, Nordbaden und Nordwürttemberg und der Durchführung des Elternrechts in Südwürttemberg einverstanden erklärt würde. Dagegen wandte der Justizminister ein, daß bei den zu erwartenden Grenzregulierungen zwischen den vier Regierungsbezirken — besonders aber auch in anderen Bezirken — dann neben anderem auch noch verschiedene Rechte innerhalb der einzelnen Landesbezirke neben allen anderen Verschiedenheiten vorhanden sein würden.

Roman von Doris Eicke:

Copyright by Verlagshaus Schwabing GmbH & Späher

## Das Herz muß schweigen

30. Fortsetzung

„Ich bestreite es, weil es nicht die Wahrheit ist.“

„Angeklagt, geben Sie uns jetzt eine genaue Schilderung der Vorgänge, die schließlich zum Tode der Viotta geführt haben, angefangen mit ihrem plötzlichen Auftauchen auf Ihrem Hof.“

Niklaus Locher gibt seinen Bericht in knapper Form ab, ohne jedoch etwas Wesentliches zuzulassen. Er hat diese Sätze so lange im Geiste formuliert, bis sie ganz zweckentsprechend lauten. Wie er auf Evelyn zu sprechen kommt, gibt er seine Vaterschaft ohne weiteres zu und nennt das Mädchen in der Folge meist „meine Tochter“ oder „meine und Mariels Tochter“. Über seine neuwachte Liebe sagt er kein Wort. Er läßt diese Tatsache nur gleichsam durch die Geschichte hindurchscheitern, dagegen verschweigt er keineswegs, daß er bei Mariels Erscheinen und Anliegen ganz plötzlich sein großes Verlangen gegenüber empfand und den heftigen Wunsch, es zuzumachen.

Der Richter verlangt, daß er dieses Unrecht genau umschreibe. Der Angeklagte schweigt gequält; erst nach Wiederholung der Frage entschließt er sich zur Antwort.

„Ich habe Mariel Viotta in meiner Jugend, als sie meiner Mutter als Hausmagd diente, verlobt und geduldet, daß mein Vater sie frölich entließ, als er davon erfuhr. Daß sie ein Kind von mir erwartete, wollte ich zunächst nicht, es wurde mir erst kurz vor der Geburt angetragen. Mariel sah sich nie um Beland an mich gewendet; ich glaubte deshalb, Zweifel in meine Vaterschaft setzen zu dürfen und unterstützte das Mädchen nicht. Ich nehme heute an, daß diese Annahme nur eine Ausrede vor meinem Gewissen war, denn Mariel hatte mir niemals Ursache gegeben, sie für leichtsinnig zu halten. Im Gegenteil zu mir war ihre Liebe ehrlich und treu.“

Von diesem Augenblick an unterbricht ihn der

Richter nicht mehr bis zu der Stelle, wo er sein Warten auf dem Bänkelein beim Tobelhof schildert. Er gibt zu, daß er Mariel in die Arme genommen, daß sie sich gewehrt und ihn an seine Frau erinnert habe. Schließlich sei sie aufgesprungen und davongelaufen, weil sie sich in ihrer Anständigkeit nicht gegen die Frau verständigen wollte.

„War das der einzige Grund dieser Flucht?“

„Es war der wirkliche Grund.“

„Sie glauben also, daß Maria Viotta Ihre Gefühle trotz der bösen Erfahrungen, die sie mit Ihnen gemacht hatte, erwiderte?“

„Sie hatte mir verziehen.“

„War es nicht unverantwortlich von Ihnen, diese Liebhaft zu erneuern, da Sie doch verheiratet sind?“

„Antworten Sie!“ mahnt der Richter ungeduldig. „Ich wollte mich mit meiner Frau gütlich auf Scheidung einigen.“

„Sagten Sie das der Viotta?“

„Ja.“

„Wie stellte sie sich dazu?“

„Sie wollte nichts davon hören.“

„Das ist nicht glaubhaft, Sie waren der Vater ihres Kindes, angeblich liebte sie sie, und da soll sie sich trotz ihrer Armut gegen einen solchen Glücksfall gestriekt haben?“

„Mariel hatte ein großmütiges Herz. Sie wollte nicht, daß meine Frau durch sie unglücklich würde.“

„Es ist gut. Fahren Sie in Ihrer Schilderung fort!“

Die Unterbrechung hat den Locher etwas aus dem Konzept gebracht, Mühsam tastet er nach den

nächsten Worten. Das Schwere steht ihm noch bevor die Schilderung des Unglücks. Seine klare Stimme verschleiert sich, wird nahezu unverständlich, als er seine Angst beschreibt, Mariel könnte auf der schlüpfrigen Glätte der Steine ausgleiten. Zweimal hat er geflüstert, sie um Gottes willen beschwören, einzuhalten, dann ist es geschehen, keine zehn Meter vor ihm. Er hat es des Nebels wegen nur undeutlich gesehen, aber den Sturz gehört, ihren Aufschrei: „Niklaus!“ und dann den Fall in die Tiefe, das wiederholte Aufschlagen des Körpers auf Felsvorsprünge. Des Lochers Gesicht ist jetzt fahl wie eine Totenmaske, er wankt ein wenig, fällt nach der Schranke. Jemand reicht ihm ein Glas Wasser, er trinkt es gierig leer, dann fährt er ohne besondere Aufforderung fort, seine wahrhaftige Kletterei in die tobende Tiefe zu schildern, die er erst aufgab, als er die völlige Unmöglichkeit einsehen mußte, jemals in diesem nachtschwarzen Schind eine Spur des geliebten Menschen wiederzufinden. Minutenlang legt der Locher die Hand über die Augen. Zu grauhaft ist diese Erinnerung.

Der Richter gönnt ihm jetzt Ruhe; er kann sich setzen und erholen. In den Zuhörerbänken entsteht ein eifriges Flüstern; da nimmt man für und gegen den Locher Partei und verstimmt wieder, als die erste Zeugin erscheint. Es ist die Haushälterin, die nach der alten Lochermutter Tod auf dem Hof die Wirtschaft führte. Sie wirft einen gütigen Blick auf den Niklaus; sie war ihm niemals grün, zu sehr hatte er sie jahrelang mit seinen ungütlichen Streichen gequält. Dem Richter liegt daran, vom Locher ein vollständiges Bild zu bekommen. Er will wissen, wie dieser Mensch in seiner Jugend war — nur leichtsinnig wie viele, oder geradezu schlecht. Die Schaffnerin macht ihre Aussage kurz und bestimmt. Des Lochers wilde Jugend wird schonungslos ans Licht gezogen. Sie nimmt kein Blatt vor den Mund; für ihre altfuglerische Ehrbarkeit war der Locher einfach ein Wüstling und ist es anscheinend bis heute geblieben. Nein, sie hegt keine freundlichen Gefühle für ihn, der für den langjährigen Dienst sagte, sowie er auf dem Hof die Herrschaft in die Hände bekam. Mit dieser Klage wird zwar, ohne daß sie es ahnt, die Objektivität ihrer Aussage stark in Frage gestellt. Hier ist bestimmt persön-

liche Rache im Spiel. Immerhin — etwas bleibt doch an Locher hängen.

Die nächste Zeugin ist Frau Viotta. Auch sie soll zu den vergangenen Begebenheiten Stellung nehmen, da sie doch Voraussetzung für das spätere Geschehen waren.

Das junge, siebenzehnjährige Mariel mit dem heißen, verlobten Herzen geistert wie ein zarter Schatten durch den Gerichtssaal, heraufbeschworen durch das anklingende Zeugnis der alten, völlig stottergebrochenen Mutter. Ihre Worte fallen schwer ins Gewicht, ihr Haß ist allem verständlich, da sie die Schande der Tochter und das bittere Los ihrer Armut schildert, derweil der Schuldige im Überflusse saß. Die durchwachten Nächte, die mühevollen Tage und alle Unbarmherzigkeit der Menschen nehmen Gestalt an in den einfachen und doch so bildhaften Worten. Sie drücken das Haupt des Lochers immer tiefer auf die Brust herab. Er sitzt da, starr vor sich hin und hadert mit sich selber. Muß er es glauben, daß er einmal so unmenschlich handeln konnte, nicht aus wirklicher Schlechtigkeit, einfach aus frevelhafter Gedankenlosigkeit, die das Los des unglücklichen Mädchens nicht bedachte?

Sein Verteidiger rutscht unruhig auf dem Stuhl hin und her und schaut mit gerunzelter Stirn in seine Akten, manchmal notiert er etwas. Diese Zeugin belastet das Ansehen seines Mandanten schwer; ihr Anblick ist mitleidregend, ihr Schmerz greift ins Herz. Mit einem Male hat die Stimmung zu Ungunsten Lochers umgeschlagen. Feindselige Blicke gehen zu ihm hin. Schade, daß sich hinter einem bestreickenden Aeußern sold ein Unmensch verbirgt! Seine Taten gehen doch weit über das hinaus, was man selbst einem anziehenden Manne als Jugendtätigkeit verzeihen könnte.

Der Locher spürt die Feindseligkeit, die ihm umbrandet, mit allen Nerven. Da ist wohl nur ein einziger Mensch in dem ganzen, weiten Hause, der auch in dieser Prüfung unbestirbt zu ihm hält: Annaprit. Eine warme Welle der Zustimmung übersetzt ihn, da er ihrer gedankt. Er bekommt sie an diesem Tage nicht mehr zu sehen. Mittag ist schon überschritten, als die Verhandlung für heute abgeschlossen wird.

(Fortsetzung folgt.)